

***Einwohnerratssitzung 2006/2007  
Protokoll Nr. 2***

Sitzungsdatum ***Donnerstag, 02. November 2006***  
Sitzungszeit 10:00 Uhr – 12:00 Uhr / 14:00 Uhr – 18:10 Uhr  
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

---

Protokoll Yvonne Rösli  
Direktwahl 041 329 63 09

03. November 2006 ry

---

***Anwesend***

Präsident	Senn Matthias
Einwohnerrat	27 Mitglieder
Gemeinderat	5 Mitglieder
Gemeindeschreiber	Lang Robert
Protokoll	Renggli Alexandra Rösli Yvonne

***Entschuldigt***

Einwohnerrat	Bättig Rolf Lanz Susanne
--------------	-----------------------------

### **Traktanden**

- |     |                                                                                                                                                                              |            |           |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|-----------|
| 1.  | <u>Mitteilungen / Vereidigung</u> Nyfeler Nicole (SP) und<br>Piazza Daniel (JCVP)                                                                                            |            | Seite 58  |
| 2.  | <u>Protokoll Nr. 1</u> vom 14. September 2006                                                                                                                                |            | Seite 60  |
| 3.  | <u>Wahl von Mitgliedern</u> in die Sozial- und Gesundheits-<br>kommission, Verwaltungs- und Bildungskommission<br>sowie in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission       |            | Seite 61  |
| 4.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Sportanlagenkonzept                                                                                                                               | Nr. 147/06 | Seite 62  |
| 4.1 | <u>Petition:</u> Kunstrasen<br><i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme als Postulat</i>                                                                                         | Nr. 134/06 | Seite 72  |
| 4.2 | <u>Dringliche Motion Brunner und Mitunterzeichnende:</u><br>Verkehrsspiegel Einmündung Amlehn-/Langsäge-<br>strasse<br><i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme als Postulat</i> | Nr. 154/06 | Seite 75  |
| 5.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Finanzplan 2007 – 2011                                                                                                                            | Nr. 146/06 | Seite 77  |
| 6.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Voranschlag 2007                                                                                                                                  | Nr. 145/06 | Seite 88  |
| 6.1 | <u>Motion Bolzern namens der FDP-Fraktion:</u> Mitsprache<br>des Einwohnerrates bei der Umsetzung des Jugendleit-<br>bildes<br><i>Antrag Gemeinderat: Ablehnung</i>          | Nr. 132/06 | Seite 93  |
| 6.2 | <u>Motion Heini und Mitunterzeichnende:</u> Tarifzonenän-<br>derung Mattenhof<br><i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i>                                                    | Nr. 099/06 | Seite 98  |
| 6.3 | <u>Postulat Heini und Mitunterzeichnende:</u> Optimierung<br>der Buslinie 16<br><i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i>                                                     | Nr. 100/06 | Seite 98  |
| 6.4 | <u>Motion Hager und Koch:</u> Ökihof – Zentrale Wertstoff-<br>sammelstelle auch für PET-Flaschen<br><i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme als Postulat</i>                    | Nr. 110/06 | Seite 101 |

### **Neueingänge**

- |            |                                                                                                                              |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Nr. 145/06 | <u>Bericht und Antrag:</u> Voranschlag 2007                                                                                  |
| Nr. 146/06 | <u>Bericht und Antrag:</u> Finanzplan 2007 - 2011                                                                            |
| Nr. 147/06 | <u>Bericht und Antrag:</u> Sportanlagenkonzept                                                                               |
| Nr. 148/06 | <u>Interpellation Thalmann namens der SVP-Fraktion:</u> "Tempo-30-Zonen"<br><i>Eingang: 28.09.2006</i>                       |
| Nr. 149/06 | <u>Motion Thalmann namens der SVP-Fraktion:</u> "Stopp den hohen Baubewil-<br>ligungsgebühren"<br><i>Eingang: 28.09.2006</i> |

- Nr. 150/06 Motion Bienz namens der CVP/JCVP-Fraktion: Nachhaltiger Naturschutz für Natur und Mensch im Krienser Hochwald  
*Eingang: 11.10.2006*
- Nr. 151/06 Bericht und Antrag: Abrechnung Baukredit - Mehrfachnutzung der Tunnelflächen A2/6 - Infrastrukturergänzungen Sportanlagen Kleinfeld
- Nr. 152/06 Bericht und Antrag: Abrechnung Baukredit Umnutzung Kleinfeld in drei Wohngruppen
- Nr. 153/06 Bericht und Antrag: Teilrevision des Strassenreglementes
- Nr. 154/06 Dringliche Motion Brunner und Mitunterzeichnende: Verkehrsspiegel Einmündung Amlehn-/Langsägestrasse  
*Eingang: 27.10.2006*
- Nr. 155/06 Postulat Brunner/Bienz und Mitunterzeichnende: Kundendienstoptimierungen bei gemeindeeigenen Begegnungsorten  
*Eingang: 27.10.2006*
- Nr. 156/06 Postulat Brunner und Mitunterzeichnende: Abklärung zur Schaffung eines Konzeptes zur Aufbewahrung der Dienstwaffe  
*Eingang: 27.10.2006*
- Nr. 157/06 Interpellation Zeder und Mitunterzeichnende: Dimensionen und Zonenkonformität Holzschopf Hinteramlehn  
*Eingang: 30.10.2006*

## **1. Mitteilungen / Vereidigung Nyfeler Nicole (SP/GB-Fraktion) und Piazza Daniel (JCVP)**

Einwohnerratspräsident Matthias Senn begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates und des Gemeinderates. Speziell heisst er die neuen Ratsmitglieder Nicole Nyfeler und Daniel Piazza willkommen.

Rolf Bättig und Susanne Lanz haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

### ***Vereidigung***

Nicole Nyfeler, als Nachfolgerin von Markus Hadorn, wird durch das Ablegen des Gelübdes, und Daniel Piazza, als Nachfolger von Daniela Stutz, durch das Ablegen des Eides offiziell im Rat aufgenommen. Mit Applaus werden sie in den Reihen des Einwohnerrates Kriens als neue Mitglieder willkommen geheissen.

### ***Begründung der dringlichen Motion Brunner und Mitunterzeichnende: Verkehrsspiegel Einmündung Amlehn-/Langsägestrasse (Nr. 154/06)***

Joe Brunner konnte innert kurzer Zeit bei dieser gefährlichen Einmündung zusehen, wie es fast zu einer Kollision kam. Diese Kreuzung ist ein viel befahrener Radweg und gleichzeitig ein Schulweg. Er begründet die Dringlichkeit damit, da er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könnte, wenn man noch länger zuwartet und so eine gewisse Mitschuld an einem Verkehrsunfall an dieser gefährlichen Einmündung tragen müsste.

Hansruedi Kunz ist für eine Überprüfung dieser Kreuzung. Für ihn besteht jedoch keine Dringlichkeit des Vorstosses.

Stefan Meyer fährt täglich mit dem Fahrrad über diese Kreuzung und findet diese sehr gefährlich. Er unterstützt das Anliegen des Motionärs.

#### ***Abstimmung***

Die Mehrheit der Anwesenden stimmen der Dringlichkeit des Vorstosses zu.

Matthias Senn schlägt vor, diesen Vorstoss als Traktandum 4.2 zu behandeln, je nach Zeit vor oder nach der Mittagspause.  
Diesem Vorschlag wird nicht opponiert.

#### ***Anträge i.S. Änderung der Traktandenliste***

Judith Luthiger namens der SP/GB-Fraktion beantragt, dass die Petition Kunstrasen - Traktandum 4.1 - unter Traktandum 6 - Voranschlag 2007 - behandelt wird. Die Petition verlangt, dass der Kunstrasen auf 01. Mai 2007 spielbereit sein soll. D.h. demzufolge, dass die Finanzierung des Kunstrasens budgetrelevant wird und die Diskussion der Petition zwingend während der Budgetdebatte geführt werden müsste. Sie bittet deshalb um Abänderung der Traktandenliste.

Robert Thalmann opponiert gegen diesen Antrag. Die Petition Kunstrasen ist zusammen mit dem Sportanlagenkonzept zu behandeln. Die Petitionäre sind damit einverstanden, wenn die Erstellung des Kunstrasens auf Frühjahr 2008 verschoben wird. Er bittet, den Antrag abzulehnen.

Franz Baumann ist der Ansicht, dass hier nicht nur ein „traktandentechnischer“ sachlicher Aspekt eine Rolle spielt, sondern auch eine finanzpolitische Betrachtung legitim ist. Den Bedürfnissen des Sports müssen die gesamtgesellschaftlichen Anliegen gegenübergestellt werden. Von den gleichen Kreisen, die jetzt eine nicht billige Investition für den Sport fordern, werden Finanzpläne als Katastrophe oder Horror-Szenario bezeichnet. Dem Vernehmen nach wird von vielen Kunstrasen-Befürwortern auch ein Rückweisungsantrag zum Budget 2007 gestellt werden, ohne dass konkrete Spar-Rubriken genannt werden. Franz Baumann befürchtet, dass bei einer Rückweisung der Rotstift bei Positionen angesetzt wird, die er persönlich als viel wichtiger erachtet als das Zur-Verfügung-Stellen eines Kunstrasens. Aus dieser persönlichen Priorisierung ist es für ihn nicht verantwortbar, jetzt – ohne die Haltung der Fraktionen zu Finanzplan und Voranschlag zu kennen – ein durchaus sinnvolles sportliches Anliegen herauszupicken und separat dazu Ja zu sagen. Er bittet, die Petition zusammen mit den Finanzvorlagen zu beraten.

#### ***Abstimmung***

Die Mehrheit des Einwohnerrates ist gegen die beantragte Traktandenänderung.

Judith Luthiger beantragt somit, dass die Petition Kunstrasen zusammen mit dem Finanzplan 2007 – 2011 behandelt wird. Die Zustimmung oder Ablehnung des Finanzplanes hat einen

direkten Zusammenhang mit der Zustimmung oder Ablehnung der Petition. So hätte der Einwohnerrat die Möglichkeit zu diskutieren, welche der anstehenden Investitionen er wann realisieren will: Kunstrasen, Sanierung der Schwimmbadanlage, Spiel- und Pausenplätze. Sie bittet den Rat, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Werner Baumgartner ist der Auffassung, dass die gesellschaftlichen und budgetmässigen Aspekte zusammengehören. Man kann ja grundsätzlich über die Sportanlage diskutieren.

Pia Zeder glaubt, dass es um ein Missverständnis geht. Der Kunstrasen ist eine Investition. Die SP/GB-Fraktion will eine Gesamtdiskussion führen und die Prioritäten der verschiedenen anstehenden Investitionen regeln. Darum soll die Petition Kunstrasen zusammen mit dem Finanzplan behandelt werden.

Für Räto Camenisch braucht es keine Änderung der Traktandenliste. Es ist eine Materie, worüber diskutiert werden muss. Zudem ist der Gemeinderat ja bereit, die Petition als Postulat entgegenzunehmen.

#### ***Abstimmung***

Die Mehrheit des Einwohnerrates ist gegen eine Behandlung der Petition Kunstrasen zusammen mit dem Finanzplan 2007 – 2011.

Somit wird die Traktandenliste – mit Ausnahme der zusätzlichen Behandlung des dringlichen Vorstosses – nicht verändert.

## ***2. Protokoll Nr. 1 vom 14. September 2006***

Matthias Senn stellt fest, dass keine Bemerkungen oder Anträge eingegangen sind. Das Protokoll Nr. 1 gilt somit als genehmigt.

### **3. Wahl von Mitgliedern in die Sozial- und Gesundheitskommission, Verwaltungs- und Bildungskommission sowie in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission**

Der Vorsitzende erklärt, dass zufolge der Rücktritte von Markus Hadorn und Daniela Stutz neue Mitglieder in die Kommissionen zu wählen sind.

Die Wahlergebnisse zeigen folgendes Bild:

#### **Wahlergebnis SGK**

ausgeteilte Stimmzettel	28
eingegangene Stimmzettel	28
leere Stimmzettel	2
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	26
absolutes Mehr	14

Stimmen erhielt und somit gewählt ist: **Nicole Nyfeler mit 25 Stimmen**  
 Eine weitere Stimme erhielt: Judith Luthiger

#### **Wahlergebnis VBK**

ausgeteilte Stimmzettel	28
eingegangene Stimmzettel	28
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	28
absolutes Mehr	15

Stimmen erhielt und somit gewählt ist: **Daniel Piazza mit 28 Stimmen**

#### **Wahlergebnis FGK**

ausgeteilte Stimmzettel	28
eingegangene Stimmzettel	28
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	28
absolutes Mehr	15

Stimmen erhielten und somit gewählt sind: **Nicole Nyfeler mit 25 Stimmen**  
**Daniel Piazza mit 28 Stimmen**  
 Eine weitere Stimme erhielt: Martin Heini

Matthias Senn gratuliert den neugewählten Kommissionsmitgliedern.

#### **4. Bericht und Antrag: Sportanlagenkonzept**

**Nr. 147/06**

Matthias Senn begrüsst die Gäste auf der Tribüne, speziell Fredy Vogel, Präsident der Sportstättenplanungskommission.

Franz Baumann macht ein Kompliment an die „ad hoc-Kommission“, die innert kurzer Zeit einen aussagekräftigen, umfassenden Bericht erstellt hat. Die Baukommission dankt für diese Top-Leistung. Der Bericht nimmt ausschliesslich auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer von Sportanlagen Rücksicht. Wenn einmal auch diejenigen gefragt werden, die das „Geld-in-die-Hand-Nehmen“, wird sicher rasch mit dem Finger auf die finanzielle Situation der Gemeinde gezeigt werden. Innerhalb dieses politischen Auftrags, konkret des Sparens, könnten Prioritäten dieses Berichts durchaus anders gesetzt werden.

Der Sprecher erwähnt einzelne Bemerkungen, die aber die Qualität des Berichts nicht schmälern:

- Es werden einzelne Vorschläge gemacht, die mit Sportanlagen nichts direkt zu tun haben und die zur Bearbeitung in andere Kommissionen gehören. Beispiel: Bemerkung zu der Trennung von Velofahrenden und Zufussgehenden auf dem Dorfplatz.
- Weder dieser Bericht noch das dafür notwendige „Geld-in-die-Hand-Nehmen“, notabene sind dies politische Entscheide, dürfen zu einer Glorifizierung des Sports, des Mannschaftssports und insbesondere des Fussballsports führen.
- Es wird festgestellt und zum Teil bedauert, dass die notwendige Sanierung der technischen Anlagen im Schwimmbad zugunsten eines Kunstrasenplatzes zurückgestellt werden muss.

Die Baukommission nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt dem Beschlusstext einstimmig zu.

Gemäss Bruno Peter ist Sport und körperliche Betätigung für viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene die schönste und leidenschaftlichste Nebenbeschäftigung. Sport macht Freude, ist gesundheitsfördernd, schafft Emotionen und ist damit wichtiger Bestandteil der Gesellschaft. Mit seiner sozialen, integrativen und erzieherischen Kraft ist er für die Gemeinwesen von grosser Bedeutung. Auch dem Gemeinderat Kriens ist die Ausübung des Sports und die körperliche Betätigung in seinen verschiedenen Organisationsformen ein grosses Anliegen. Der Sport trägt viel zur Lebensqualität, zur Attraktivität der Gemeinde und zur Identifikation der Bevölkerung bei.

##### *Sportstätteplanung*

Am 22. September 2005 hat der Einwohnerrat eine Motion von Werner Baumgartner und Mitunterzeichnern erheblich erklärt, welche eine Überarbeitung der Sportstätteplanung verlangte. Der Gemeinderat hat in der Folge eine Kommission unter der Führung von Fredy Vogel eingesetzt, die mit verschiedenen Erhebungen und Bedürfnisabklärungen die Sportsituation in Kriens analysierte und den Handlungsbedarf in einem Massnahmenkatalog definierten.

##### *Bedürfnisabklärung*

Die Bedürfnisabklärung ergab, dass die Bevölkerung grundsätzlich mit dem Sportangebot und den Möglichkeiten in Kriens zufrieden ist. Sehr zufrieden ist man mit den Erholungsräumen im Pilatus-Gebiet sowie auf dem Sonnenberg. Ein Grossteil der Umfrageteilnehmer war der Meinung, dass die Gemeinde Kriens über genügend Anlagen für Bewegung und Sport verfügt. Ein gutes Zeugnis stellten die Sportvereine und Sportler dem Zustand und den Einrichtungen der Sport- und Turnhallen aus, wobei in einzelne Turnhallen gewisse Sanierungen notwendig

sind. Die entsprechenden Mittel wurden mit der Botschaft "Werterhaltung Schulliegenschaften" bereits gesprochen.

Grosser Handlungsbedarf besteht – und dies ist nicht überraschend - vor allem bei den stark und dauernd überbelegten Fussballplätzen sowie der dringend notwendigen Sanierung des Schwimmbades. Gewünscht wird teilweise auch eine Aufwertung und attraktivere Gestaltung der öffentlichen Spiel- und Pausenplätze.

#### *Massnahmen*

Die Kommission schlägt 40 Massnahmen zur Ausführung vor. Die beantragten kostenaufwändigen Projekte

- Sanierung Schwimmbad
- Kunstrasenfeld
- Turnhalle Amlehn

werden durch den Gemeinderat ebenfalls zur Sanierung empfohlen und sind bereits in der Finanzplanung berücksichtigt. Ebenfalls als dringlich eingestuft und in die Finanzplanung aufgenommen wurde die Sanierung und Aufwertung der öffentlichen Spiel- und Pausenplätze. Die im vorliegenden Konzept aufgeführten weniger kostenintensiven Anliegen und Projekte werden durch den Gemeinderat geprüft und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt. Die von den Sportorganisationen gewünschte zentrale Anlaufstelle für den Bereich Sport wird durch den Gemeinderat im Rahmen der Departementsreform geprüft.

#### *Dank*

Abschliessend möchte Bruno Peter namens des Gemeinderates der Kommission unter der Führung von Fredy Vogel einen grossen Dank aussprechen. Sie hat in Rekordzeit ein wichtiges Planungs- und Koordinationsinstrument geschaffen, welches auch durch das BASPO als *..vorbildlich für andere Städte..* gewürdigt wurde.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, vom neu erarbeiteten Sportanlagenkonzept Kenntnis zu nehmen und die vorgeschlagenen Massnahmen – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten – umzusetzen.

Gemäss Hansruedi Kunz hat die Gemeinde Kriens mit dem vorliegenden Sportanlagenkonzept ein gutes Instrument, das Auskunft gibt, was auf Gemeindeebene in Sachen Sport gemacht werden soll. Zwar hat das Konzept keine Verbindlichkeit wie ein Richtplan, es ist aber mehr als nur ein Wunschkatalog, es soll eine Absichtserklärung sein, was in den nächsten Jahren zu geschehen hat.

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass Kriens bereits heute ein breites Angebot für die Ausübung von sportlichen Aktivitäten, für Freizeit und Erholung verfügt. Trotzdem besteht einerseits Bedarf an zusätzlichen Möglichkeiten und andererseits sollten bestehende Anlagen erneuert werden.

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind fein säuberlich aufgelistet. Die Kommission hat zu diesen Massnahmen eine Priorität zugeordnet, die Auskunft gibt, welche kurzfristig und welche mittelfristig realisiert werden sollen. Bei den kurzfristig zu realisierenden Massnahmen stehen natürlich der Kunstrasen auf dem Kleinfeld und die Sanierung des Gartenbades hervor; zwei Projekte, die einen grossen finanziellen Aufwand erfordern werden. Beide Projekte sind aber dringlich.



Aufgrund der prekären Situation bei den Rasenplätzen, die von den Fussballern genutzt werden, ist die Bereitstellung eines Kunstrasenfeldes besonders dringlich. Dies nicht in erster Linie für den Spitzensport, sondern für den Breitensport. Der Sportclub Kriens hat bekanntlich die grösste Juniorenabteilung der ganzen Schweiz und es können nicht alle Jugendlichen, die gerne Fussball spielen möchten, aufgenommen werden. Nebst weiteren Voraussetzungen, wie qualifizierte Trainer und Betreuer, bedingt ein geregelter Trainings- und Meisterschaftsbetrieb auch die Verfügbarkeit von entsprechenden Feldern. Dies ist zur Zeit nicht immer gewährleistet.

Das zweite Grossprojekt ist die Sanierung der Krienser Badi. Die Badi selber befindet sich noch in einem akzeptablen Zustand, die technischen Einrichtungen hingegen entsprechen nicht mehr den aktuellen Anforderungen und müssen deshalb ersetzt werden. Zu diesen beiden Projekten wird sich der Einwohnerrat noch in separaten Berichten und Anträgen äussern müssen. Damit diese wie im Finanzplan vorgesehen realisiert werden können, hat die CVP/JCVP-Fraktion entsprechende Anträge zum Beschlusstext gestellt. Mit diesen verlangt sie, dass die Kreditvorlagen zeitlich so vorgelegt werden, dass die Realisierung zu den vorgesehenen Terminen möglich ist.

Zu den vorgeschlagenen Massnahmen gehört auch die Sanierung von Turnhallen. Mit dem Unterhalt der Schulhäuser ist das bereits eingeleitet.

Nebst diesen aufwändigen Projekten, gibt es noch eine grosse Anzahl von Massnahmen die realisiert werden sollen. Viele andere Interessengruppen warten darauf. Es wäre verfehlt, in diesem Zusammenhang von Bevorzugung von einzelnen Sportarten oder Benutzergruppen zu sprechen. Es ist aber sinnvoll dort zu beginnen, wo der grösste Nutzen erzielt wird, oder wo die grössten Lücken geschlossen werden können.

Ein wichtiger Aspekt ist die Schaffung einer Anlauf- und Koordinationsstelle für Sport. Sport bedeutet Gesundheit, soziale Eingliederung, gesellschaftlicher Zusammenhalt usw. Eine solche Stelle ist weit mehr als nur Administration. Mit dem Zusammenführen der heute verschiedenen Anlaufstellen im Rahmen der Revision der Gemeindeordnung können zwar Synergien genutzt werden. Das alleine ist wohl kaum genügend.

Kriens kann sich jetzt rühmen, ein mustergültiges Sportanlagenkonzept zu besitzen, ein Bericht, der vom Bundesamt für Sport als beispielhaft bezeichnet und mit einem finanziellen Beitrag honoriert worden ist. Der Dank gebührt dem Gemeinderat, der diese Kommission unter dem Präsidium vom ehemaligen CVP-Einwohnerrat Fredy Vogel eingesetzt hat. Ein Dankeschön auch an die Mitglieder der Kommission, die diesen Bericht in kurzer Zeit erarbeitet hat. Wenn der Einwohnerrat heute dem abgeänderten Beschlusstext zustimmt, ist die Realisierung der kurzfristigen Massnahmen mit erheblichen finanziellen Kosten bereits auf gutem Wege. Diese Anträge bestätigen nur, was im Finanzplan bereits festgehalten ist. Es gibt keine Verschiebung in Richtung schnelleres Realisieren.

Die übrigen Massnahmen dürfen aber nicht vergessen werden. Sie sollen, wie im Beschlusstext gefordert, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden und in 5 Jahren wird eine Erfolgskontrolle durchgeführt.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt das vorliegende Sportanlagenkonzept wohlwollend zur Kenntnis und unterstützt die beantragten Änderungen im Beschlusstext.

Laut Patrick Koch hat die SVP Freude am vorliegenden Sportanlagenkonzept und nimmt dieses positiv zur Kenntnis. Das Konzept versteht die SVP-Fraktion als eine rollende Planung, welche ständig den neuen Rahmenbedingungen angepasst und falls nötig, überarbeitet werden soll.

Die Kommission Sportstättenplanung hat ihre Arbeit am 12. Dezember 2005 aufgenommen und traf sich regelmässig zu Sitzungen, an denen mit viel Herzblut und Engagement am vorliegenden Konzept gearbeitet wurde. In Arbeitsgruppen aufgeteilt klärte sie zudem Zustand

und Bedürfnisse von Spiel- und Pausenplätzen, von Sport- und Turnhallen, von Fussballfeldern und weiteren Anlagen ab. Fredy Vogel, amtierender Präsident der „Vereinigung Krienser Sportorganisationen (VKS)“, leitete die Kommission sehr professionell und hat enorme Arbeit geleistet. Das vorliegende Krienser Sportanlagenkonzept hat dann auch weit über die Gemeindegrenzen Beachtung gefunden. Wie bereits erwähnt hat das Bundesamt für Sport (BASPO) den Projektbericht als „vorbildlich für andere Städte und Gemeinden“ beurteilt und der Gemeinde Kriens wurde ein Anerkennungspreis von Fr. 5'000.00 zugesichert. Für ein vergleichbares Sportanlagenkonzept haben andere Gemeinden zehntausende von Franken investiert. Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der Kommission für die geleistete Arbeit.

Die ständige Planung und Optimierung der Krienser Sportanlagen ist für die SVP ein grosses Anliegen. Sport und Bewegung spielen eine wichtige Rolle für die präventive Gesundheitsförderung. Die SVP legt zudem Wert darauf, dass unsere Jugend Sport betreibt. Die Möglichkeiten, mehr Jugendliche für den Sport zu gewinnen, sind längst nicht ausgeschöpft. In mehreren Sportarten wie Handball, Schwimmen, Fussball usw. verfügt Kriens über starke Nachwuchsabteilungen. Gerade die Mitgliedschaft in einem Sportverein und der Einbezug in einem Team fördert bei ausländischen Jugendlichen die Integration. Dies ist nach Meinung der SVP viel wichtiger, als die Jugendanimation weiter auszubauen. Um den Bereich Sport optimal zu bewirtschaften, braucht es neben einer guten Infrastruktur auch eine einzige Anlaufstelle. Die SVP ist der Auffassung, dass die Aufgaben in einem Departement zusammengeführt werden sollten.

Erfreut ist die SVP darüber, dass die Kommission Sportstättenplanung die katastrophale Situation der Fussballfelder erkannt und thematisiert hat. Diese sind durch die über 500 aktiven Fussballer ständig überlastet. Als Lösung schlägt die Kommission den Einbau eines Kunstrasens vor, der pausenlos benutzt werden kann. Dadurch können nicht nur die Unterhaltskosten massiv gesenkt, sondern auch die Turnhallenbelegung durch Fussballer im Winter-Halbjahr reduziert werden. Dies schafft wiederum Kapazitäten für andere Vereine.

Peter Mattmann ist der Auffassung, dass ein politischer Auftrag meistens gut wird. Dies erkennt man beim vorliegenden Sportanlagenkonzept. Für ihn ist das Konzept ein bisschen Kunstrasen schwerlastig. Er versteht, wenn die Bedürfnisse vom SCK gegen diejenigen des Schwimmvereins ausgespielt werden, schliesslich hat Kriens die beste Fussball-Junioren-Förderung der Schweiz. Bei dieser Vorlage soll die Arbeit des SCKs auch gewürdigt werden. Für ihn als Arzt kommen im Konzept die präventivmedizinischen Aspekte zu kurz. Die „Nicht-Sportler“ sind ein grosses Problem. Diese muss man dazu bringen, Sport zu treiben. Es gibt Menschen, die mangels Zeit oder Wichtigkeit, unsportlich sind. Für den Sprecher braucht jeder Mensch Jogging- und Krafttraining. Es ist medizinisch bewiesen, dass Ausdauertraining besser wirken, als vom Arzt verschriebene Tabletten. Also müssen bessere Joggingmöglichkeiten geschaffen werden. Dieses Training sollte auf weichem Boden vollzogen werden und die Anlage muss schnell zugänglich sein. Auch das Krafttraining ist sehr wichtig, da die Kraft mit jedem Altersjahr abnimmt. Mit diesen zwei Sachen hätte man einen riesigen Gewinn. Bei der Detailberatung hat Peter Mattmann noch einige Bemerkungen anzubringen, ansonsten ist er mit dem Sportanlagenkonzept zufrieden.

Für Johanna Dalla Bona ist das vorliegende Gemeindesportanlagenkonzept ein guter, umfassender Bericht. Die FDP-Fraktion dankt Fredy Vogel und der ganzen Kommission für die geleistete Arbeit und das klar strukturierte Konzept.

Das Konzept ist ein optimales Planungsinstrument und ein Arbeitspapier für die Umsetzung und Finanzplanung der Sportbedürfnisse. Die FDP freute sich bei der Umfrage über die grosse Zufriedenheit der Krienser Bevölkerung. Dies beruht sicher auch darauf, dass in Kriens viele

Möglichkeiten bestehen, Sport zu betreiben. Die von der Kommission aufgeführten Empfehlungen und entsprechenden Massnahmen sind gut nachvollziehbar. Die FDP-Fraktion ist für diese Umsetzungen, natürlich aber immer im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Anzustreben und als sehr wichtig erachtet die FDP die gute Zusammenarbeit und Koordination auf regionaler Ebene, wie es auf Seite 4 des Konzepts erwähnt ist. Aufgrund der Topografie macht ein regionales Angebot absolut Sinn. Das regionale Eiszentrum ist ein gutes Beispiel dafür. Die FDP-Fraktion nimmt das Sportanlagenkonzept wohlwollend zur Kenntnis und unterstützt den Antrag der CVP.

Gemäss Judith Luthiger hat uns die Projektorganisation einen umfassenden Bericht vorgelegt, der als Instrument für die Finanzplanung sehr gut zu gebrauchen ist. Herzlichen Dank für die fundierte Arbeit.

Als positiv erachtet die SP/GB-Fraktion, dass im Konzept der Breitensport, die organisierten Sportvereine, Schule und Familienbedürfnisse berücksichtigt wurden, eine breite Abstützung, die wirklich Sinn macht. Das Konzept enthält auch Aussagen zur Turnmatte. Auch die Koordination mit regionalen, überregionalen, kantonalen und nationalen Planungen und Projekten der Gemeinde ist für die SP/GB-Fraktion wichtig. Es kann beispielsweise wesentlich für die Gemeinde Kriens werden, was auf dem Allmendstadion geplant und realisiert wird. Gefreut hat sie die Aussage über die Nachhaltigkeit: „Das Konzept soll umweltverträglich, sozialverträglich und wirtschaftlich sein“. Heutzutage wichtige Überlegungen, die oft vergessen gehen. Sinnvoll findet die SP/GB-Fraktion auch die periodische Überprüfung des Konzeptes. Für sie braucht eine gute Infrastruktur auch eine kompetente Führung. Die Fraktion unterstützt die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Sportfragen. Es müssen Stellenprocente dafür eingesetzt werden.

Einzig die Bedürfnisse von behinderten und betagten Menschen kommen im Konzept nur sehr punktuell zum Zug.

Sport und Bewegung sind wichtig für unseren seelischen und körperlichen Ausgleich. Politisch setzt die SP/GB-Fraktion aber etwas andere Prioritäten. Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Anliegen (Tagesschule, familienergänzende Kinderbetreuung, arbeitslose Menschen, Zukunft der Jugendlichen, Bildung, Kultur, Verkehr u.a.) wird hier dem Sport ein grosser Stellenwert beigemessen.

Im Weiteren wird die Sanierung der Krienser Badi als ebenso dringend wie die Erstellung des Kunstrasens erachtet. Die Wasseraufbereitungsanlage sowie die Hygienevorschriften der Krienser Badi entsprechen nicht mehr den heutigen erlaubten Normen. Ebenso nötig ist die Sanierung der Spiel- und Pausenplätze. Die SP/GB-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, baldmöglichst einen Bericht und Antrag dazu zu verfassen. Man bedauert, dass der Kunstrasen der Badi-sanierung vorgezogen wird. Tendenziell ist auch zu sagen, dass dem SCK der grössere Stellenwert beigemessen wird als anderen Krienser Sportvereinen.

Fraglich sind für die SP/GB-Fraktion die verfügbaren finanziellen Mittel der Gemeinde Kriens für die Realisierung der diversen Projekte. Es wird Aufgabe des Einwohnerrates sein, das Wünschbare mit dem Zahlbaren abzuwägen. Es darf nicht sein, dass man Nullbudgets durchpaukt, Klassengrössen hinauf schraubt, Heimbeiträge erhöht, Gebühren hier und da für die Steuerzahlenden erhöht usw. und auf der anderen Seite Steuern senkt und grosszügig Geld für Sport ausgibt. Da geht die Rechnung der SP/GB-Fraktion nicht auf.

Sie genehmigt den Bericht und Antrag einstimmig.

Robert Thalmann schliesst sich zunächst dem Dank seiner Vorredner an. Fredy Vogel mit seiner Crew hat wirklich Hervorragendes geleistet, das einen nachhaltigen Fussabdruck in der

Gemeinde Kriens hinterlassen wird. Selbstverständlich wurden in der breit abgestützten Kommission Interessen vertreten; Interessen des Sports allgemein, nicht nur der Fussballer. 2005 war das internationale Jahr des Sportes: Hauptsächliche Ziele waren - nota bene - die Förderung von Bildung, Gesundheit, Entwicklung und Frieden durch Sport und Sporterziehung. 2006 war und ist in den Krienser Schulen das Motto: Kriens bewegt seine Schule. Nebst der richtigen Ernährung ist die Bewegung die wesentliche Grundlage für unsere Gesundheit. Diese wiederum ist einer der wichtigsten Faktoren für den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern, und natürlich auch für uns alle. „Mens sana in corpore sano. Gesunder Geist in gesundem Körper“. Schon bei den sechs- und siebenjährigen Schulkindern sind die Leistungsunterschiede bei der Beweglichkeit und Fitness enorm. Beweglichkeit und Fitness müssen daher auch speziell gefördert werden. Nebst Hallen sind Pausenplätze und auch geeignete Rasenplätze unabdingbar.

Es braucht also für die sportliche Betätigung eine angemessene Infrastruktur. Schulen und Vereine brauchen eine gute Infrastruktur, die auch etwas kosten darf. Gerade die Vereine leisten einen immensen unentgeltlichen Einsatz für die jungen und auch die älteren Personen. Es ist daher richtig, dass die Vereine finanziell unterstützt werden. Hier wird effiziente Arbeit an der Basis geleistet. Unsere Kinder und Jugendliche werden eingebunden in einen Verein, sie können Selbstbewusstsein entwickeln und Verantwortung übernehmen. Politisch müssen wir entscheiden: Wollen wir, dass unsere Jugendlichen auf der Strasse herumhängen, wo sie leider auch immer wieder Vandalenakte verüben, oder wollen wir ihnen eine Stütze in einem Verein, Sportverein oder auch Musikverein etc. bieten? Beides ist wichtig: das Musische und der Sport. Das eine gegen das andere auszuspielen ist falsch. Oder anders ausgedrückt: Wer zu guten Musikschulen und Schulen ja sagt, der muss auch für eine gute Infrastruktur für den Sport inkl. Kunstrasen ja sagen.

Der Sprecher bittet den Rat, die verschiedenen Freizeitbeschäftigungen nicht gegeneinander ausspielen.

Das vorliegende Sportanlagenkonzept setzt die richtigen politischen Akzente und Prioritäten. Das Sportanlagekonzept ist ausgewogen. Bereits beschlossen hat der Einwohnerrat an der letzten Sitzung die Totalsanierung der Amlehn-Turnhalle. Der Walking Trail auf dem Sonnenberg ist in Planung und kann - dank privater Unterstützung durch die Helsana - bald realisiert werden.

Die CVP fordert zusätzlich, dass die beiden Hauptprioritäten, Badi und Kunstrasen im Beschlussestext aufgeführt werden. Die Petition möchte eine frühere Realisierung des Kunstrasens und eine solche ist gemäss Bruno Peter bereits auf Herbst 2007 möglich. Die SVP steht hinter dem Vorschlag der CVP und stellt keine zusätzlichen Forderungen.

Die Sanierung der Badi soll also planmässig ab 2009 erfolgen; der Kunstrasen soll allerspätestens auf Frühjahr 2008 spielbereit sein. Nach wie vor wünscht der Sprecher sich und den vielen Junioren des SCK, dass die Gemeinde alles daran setzt, dass das dringend benötigte Trainingsfeld wenn möglich vor Frühjahr 2008 spielbereit ist.

Robert Thalman ersucht den Einwohnerrat, dem vorgeschlagenen Beschlussestext zuzustimmen.

Matthias Senn stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und somit mit der Detailberatung begonnen werden kann. Die Petition Kunstrasen wird zusammen mit dem Bericht und Antrag behandelt.

### ***Detailberatung Bericht und Antrag Sportanlagenkonzept***

#### ***S. 4, Kinderspiel- und Pausenplätze (S. 16 im Konzept)***

Bruno Bienz beantragt, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat zu diesem Thema einen separaten Bericht und Antrag vorlegt. Die Formulierung erfolgt bei der Beratung des Beschlusstextes. Das Baudepartement hat im Herbst 2002 dazu einen ausführlichen Bericht erstellt. Das Projekt wartet jedoch immer noch auf die Ausführung. Es handelt sich hier um die Sicherheit der Kinder und um eine Forderung von weiten Teilen der Bevölkerung.

Nun erfolgt die Behandlung der Petition (siehe Traktandum 4.1).

### ***Detailberatung Bericht Sportanlagenkonzept***

#### ***4.4.2 Rasenplätze (Turnmatte Krauerwiese), S. 17***

Gemäss Bruno Bienz wurde die Motion: Umgestaltung Krauerwiese (Nr. 048/05) als Postulat überwiesen. Im Bericht des Gemeinderates ist die richtige Formulierung. Aber auch dort fehlt die Bemerkung, dass der Sportclub auf der Turnmatte eine nicht zu unterschätzende Anzahl Trainingsstunden absolviert. Die SP/GB-Fraktion wird alles unternehmen, damit die Turnmatte Krauerwiese für die freie Nutzung erhalten bleibt.

#### ***4.4.4 Rad- und Laufanlagen (S. 19)***

Für Peter Mattmann ist die Aussage: „Bei Privatstrassen mit allgemeinem Fahrverbot oder Einbahnverkehr ist die Zulassung von Velos zu prüfen.“, zu verallgemeinert. Die Besitzer von Privatstrassen müssten dazu befragt werden. Privatstrassen dürfen nicht gegen den Willen der Eigentümer durchgängig gemacht werden.

Die Aussage „*Naherholung und die Versorgung im Quartier sollen für die Bewohnerinnen und Bewohner problemlos zu Fuss möglich sein.*“, soll auch für Jogger zutreffen.

Bei der Realisierung einer Finnenbahn muss genau überlegt werden, wo diese ihren Standort haben wird. Sie muss im Zentrum und für viele zu Fuss erreichbar sein. Es wäre unsinnig, die Finnenbahn im Obernau zu bauen. Im Konzept muss dies mittelfristig miteinbezogen werden. Wie bereits bei seinem Eintretensvotum erwähnt, sind auch Krafttrainings sehr wichtig. Diese werden jedoch nur bei einer Physiotherapie oder in Fitnesszentren angeboten. Peter Mattmann kann sich aber vorstellen, dass auch diverse Sportvereine ein Interesse an einer Krafttrainings-Anlage haben. Dies wäre sicher auch für ältere Leute sinnvoll. So könnte die Schwelle der Nicht-Sportler runter gesetzt werden.

Er stellt daher folgende drei Bemerkungs-Anträge:

- 1. Mittel- und langfristig ist für Sportler und die nicht in Sportvereinen organisierte allgemeine Bevölkerung die Möglichkeit zum Ausdauertraining (Joggen) zu verbessern. Es ist zu prüfen, inwiefern das Fusswegnetz durch Laufrinnen ohne Hartbelag ergänzt werden kann.*
- 2. Mittel- und langfristig sind für Sportler und die nicht in Sportvereinen organisierte allgemeine Bevölkerung die Möglichkeiten zum Krafttraining zu verbessern. Es ist zu prüfen, inwiefern in Zusammenarbeit mit Sportvereinen oder Privaten eine gut zugängliche und kostengünstige Anlage realisierbar ist.*
- 3. Der Standort der neuen Finnenbahn ist so zu wählen, dass er für möglichst viele EinwohnerInnen zu Fuss (rennend oder gehend) leicht zugänglich ist. Die Finnenbahn sollte optimal an ein Fusswegnetz mit Laufrinne angeschlossen werden. Im schlimmsten Fall ist die Erstellung von zwei Finnenbahnen zu überprüfen.*

Matthias Senn stellt fest, dass über diese Bemerkungs-Anträge beim Beschlusstext abgestimmt wird.

Gemäss Bruno Bienz sind Rad- und Laufanlagen schon langjährige Forderungen seitens der SP/GB-Fraktion. Es freut ihn natürlich, dass diese Bedürfnisse auch bei der Bevölkerung auf grosse Resonanz stossen. Die SP/GB-Fraktion erwartet daher, dass diese Bedürfnisse bei der Umsetzung und bei der Finanzierung gebührend berücksichtigt werden.

#### ***4.5 Zukunftsperspektiven / Unterhus-Matte (S. 22)***

Gemäss Bruno Bienz wollte man das letzte Mal auf der Unterhus-Matte mittels parlamentarischem Vorstoss Familiengärten realisieren und nun ist längerfristig eine multifunktionelle Sportanlage vorgesehen. Gemäss dem Legat von Frau Wenger muss auf diesem Grundstück zwingend Landwirtschaft betrieben werden. Daher sind solche Zukunftsperspektiven für die SP/GB-Fraktion eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Eine solche Nutzung wäre weder zonenkonform noch ist sie mit dem Legat vereinbar. Die SP/GB-Fraktion verlangt, diesen Passus zu streichen.

#### ***5.1.1 Spiel- und Pausenplätze (S. 25)***

Daniela Kiener ist der Auffassung, dass die Sanierung der Pausenplätze nicht mittel- oder längerfristig geplant werden muss, sondern dringend. Schliesslich werden Pausenplätze täglich von den SchülerInnen genutzt.

#### ***5.1.4 Rad- und Laufanlagen, Nr. 27 Entflechtung Dorfplatz (S. 29)***

Hier ist Bruno Bienz mit der Kommission nicht einig. Eine Entflechtung des Dorfplatzes drängt sich nach Meinung der SP/GB-Fraktion überhaupt nicht auf. Grosse Volksaufläufe auf dem Dorfplatz haben eher einen Seltenheitswert. Der Mischverkehr funktioniert seit Jahren tadellos. Es besteht diesbezüglich absolut kein Handlungsbedarf.

#### ***4. Jugendsportanlage Schlund, Anhang 1 (S. 7)***

Bruno Bienz möchte den Gemeinderat auf das Einwohnerratsprotokoll Nr. 6 2003/2004 aufmerksam machen. Der Einwohnerrat hat den Beschlusstext betreffend Bericht und Antrag Mehrfachnutzung der Tunnelflächen A2/6 – Infrastruktur Ergänzung Sportanlagen Kleinfeld (Nr. 301/04) mit 27:2 Stimmen angenommen. Unter Punkt 4 steht: *Mindestens einer der zwei Fussballplätze hat grossmehrheitlich der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stehen. Zu diesem Zweck wird ein Nutzungsreglement erstellt.*

Die SP/GB-Fraktion verlangt daher auf Frühling 2007 das geforderte Nutzungsreglement.

Matthias Senn stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird. Er geht davon aus, dass die genannten Bemerkungen nur z.H. des Protokolls sind und keine Änderung des Beschlusstextes zur Folge haben. Die Bemerkungen von Peter Mattmann sind als Anhang zum Beschlusstext zu bezeichnen.

Bruno Peter fragt, ob dies richtig ist. Er ist der Auffassung, dass auch die Bemerkungen von Peter Mattmann nur im Protokoll erwähnt werden sollen, da diese sehr langfristig sind.

Räto Camenisch stellt aufgrund seines Wirkens im Grossen Rat fest, dass es Bemerkungen fürs Protokoll gibt und solche, welche zur Abstimmung kommen und an den Beschlusstext angehängt werden, ohne den Beschlusstext zu verändern.

Peter Mattmann will, dass über seine Bemerkungen abgestimmt wird und an den Beschlusstext angehängt werden. Der Inhalt der Bemerkungen muss auch nicht sofort verwirklicht werden, dies ist auch nicht überall möglich. Es geht ihm mehr um eine Gedankenstütze.

***Abstimmung Bemerkung 1 von Peter Mattmann: Mittel- und langfristig sind für Sportler und die nicht in Sportvereinen organisierte allgemeine Bevölkerung die Möglichkeit zum Ausdauertraining (Joggen) zu verbessern. Es ist zu prüfen, inwiefern das Fusswegnetz durch Laufwegen ohne Hartbelag ergänzt werden kann.***

Mit 25:0 Stimmen wird diese Bemerkung aufgenommen.

Räto Camenisch erwähnt, dass auch gute Laufschuhe das Joggen aus gesundheitlichen Aspekten verbessern. Dazu braucht es nicht immer weichen Boden. Weiter ist er der Auffassung, dass Krafttraining nicht zur öffentlichen Aufgabe gemacht werden darf. Viele Krankenkassen bezahlen ja bereits etwas an die Fitness-Abos. Dies darf nicht eine neue Aufgabe des Staates werden.

***Abstimmung Bemerkung 2 von Peter Mattmann: Mittel- und langfristig sind für Sportler und die nicht in Sportvereinen organisierte allgemeine Bevölkerung die Möglichkeiten zum Krafttraining zu verbessern. Es ist zu prüfen, inwiefern in Zusammenarbeit mit Sportvereinen oder Privaten eine gut zugängliche und kostengünstige Anlage realisierbar ist.***

Mit 8:18 Stimmen wird diese Bemerkung nicht aufgenommen.

***Abstimmung Bemerkung 3 von Peter Mattmann: Der Standort der neuen Finnenbahn ist so zu wählen, dass er für möglichst viele EinwohnerInnen zu Fuss (rennend oder gehend) leicht zugänglich ist. Die Finnenbahn sollte optimal an ein Fusswegnetz mit Laufwegen angeschlossen werden. Im schlimmsten Fall ist die Erstellung von zwei Finnenbahnen zu überprüfen.***

Räto Camenisch ist gegen die Annahme der Bemerkung 3, da diese in Bemerkung 1 bereits enthalten ist. Details gehören nicht in den Bericht.

Mit 6:18 Stimmen wird die Bemerkung 3 nicht aufgenommen.

***Abstimmung Antrag 1 CVP/JCVP-Fraktion als Ergänzung im Beschlusstext: Für die Realisierung des Kunstrasens auf Frühjahr 2008 unterbreitet der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Jahr 2007 einen Bericht und Antrag.***

Werner Baumgartner möchte dazu die Stellungnahme des Gemeinderates wissen.

Bruno Peter hat diesbezüglich bereits auf den Zeitdruck hingewiesen. Der Antrag kann aber so vom Gemeinderat entgegengenommen werden.

Franz Baumann kann diesen Antrag nicht befürworten, da dies ein „Herauspicken“ eines einzelnen Segmentes aus gleichwertigen Bedürfnissen ist.

***Abstimmung***

Mit 17:9 Stimmen wird dieser Antrag im Beschlusstext aufgenommen.

***Abstimmung Antrag 2 der CVP/JCVP-Fraktion als Ergänzung im Beschlusstext: Für die Sanierung des Gartenbades in den Jahren 2009 – 2010 unterbreitet der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Jahr 2008 einen Bericht und Antrag.***

Mit 17:9 Stimmen wird auch dieser Antrag im Beschlusstext aufgenommen.

***Abstimmung Antrag Bruno Bienz als Ergänzung im Beschlusstext: Für die Sanierung der Kinderspiel- und Pausenplätze unterbreitet der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Jahr 2007 einen Bericht und Antrag.***

Patrick Koch hat selber in der Sportanlagenkommission mitgearbeitet. Die Pausenplätze bei den Primarschulhäusern sind in einem sehr schlechten Zustand und dringend sanierungsbedürftig. Er bittet den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Auch Daniela Kiener bittet, den Antrag zu unterstützen. Es muss schnell gehandelt werden.

Judith Luthiger stellt fest, dass sich mit der Einführung der Blockzeiten viel mehr Kinder auf den Pausenplätzen aufhalten. Darum ist es sehr wichtig, dass die Pausenplätze schnell saniert werden.

***Abstimmung:***

Mit 22:0 Stimmen wird der Antrag von Bruno Bienz im Beschlusstext aufgenommen.

Matthias Senn stellt fest, dass keine weiteren Anträge vorhanden sind und kein Rückkommen verlangt wird und liest nun den bereinigten ***Beschlusstext***.

1. Das Sportanlagenkonzept wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, das Konzept - im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten - umzusetzen.



3. Für die Realisierung des Kunstrasens auf Frühjahr 2008 unterbreitet der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Jahr 2007 einen Bericht und Antrag.
4. Für die Sanierung des Gartenbades in den Jahren 2009 – 2010 unterbreitet der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Jahr 2008 einen Bericht und Antrag.
5. Für die Sanierung der Kinderspiel- und Pausenplätze unterbreitet der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Jahr 2007 einen Bericht und Antrag.
6. Dem Einwohnerrat ist nach 5 Jahren über den Umsetzungsstand Bericht zu erstatten.

***Schlussabstimmung zum bereinigten Beschlusstext:***

Mit 18:0 Stimmen wird der Beschlusstext genehmigt.

#### ***4.1 Petition: Kunstrasen***

***Nr. 134/06***

Gemäss Bruno Peter verlangt die vorliegende Petition – Eingabe 17. Juli 2006 – die Erstellung einer Vorlage für ein Kunstrasenfeld bis spätestens 02. November 2006 und die Bereitstellung der entsprechenden finanziellen Mittel im Budget 2007. Das Spielfeld soll am 01. Mai 2007 für den Spielbetrieb zur Verfügung stehen.

##### *Bedürfnisnachweis*

Die prekäre Lage bzw. der Zustand der Rasenflächen auf dem Kleinfeld ist dem Gemeinderat natürlich wohlbekannt. Die Fussballfelder mit 36 Teams und über 500 Aktiven sind durch Trainings- und Spielbetrieb dauernd überbelegt und können sich dadurch nicht mehr richtig erholen. Ein Ausbau der Sportanlagen Kleinfeld ist nicht mehr möglich, also müssen Alternativen - wie der Einbau von Kunstrasenplätzen - geprüft werden, damit ein Trainings- und Spielbetrieb auch bei schlechter Witterung aufrecht erhalten bzw. ermöglicht wird. Tatsache ist, dass Fussball –nicht nur bei Jugendlichen – sehr beliebt und populär ist und auch Leidenschaften auslösen kann. Mit den Erfolgen der Nationalmannschaft hat der Fussball sicher viele Kinder und Jugendliche neu für diesen Sport begeistert und den Vereinen damit neue Mitglieder zugeführt. Der Bedürfnisnachweis für ein witterungsbeständiges Kunstrasenfeld ist nach Meinung des Gemeinderates also sicher vorhanden. Im neu erarbeiteten Sportanlagenkonzept GESAK wird ebenfalls bestätigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Vorgeschlagen wird auch hier der Einbau eines Kunstrasens, welcher Trainings- und Spielbetrieb auch bei schlechten Witterungsverhältnissen zulässt. Im Massnahmenkatalog beantragt die Kommission deshalb eine bald mögliche Realisierung.

##### *Stellungnahme des Gemeinderates*

Der Gemeinderat ist sich der starken Integrationsfähigkeit des Sportes bewusst und anerkennt auch die hervorragende Juniorenarbeit der verschiedenen Sportvereine in Kriens. Platzprobleme auf dem Kleinfeld sind vorhanden, Lösungen müssen geprüft werden. Der Gemeinderat hat deshalb – wie aus dem Finanzplan ersichtlich – die Sanierung der verschiedenen Spielfelder in die neue Finanzplanung aufgenommen. Vordringend soll ein Kunstrasenplatz auf die Saison 2008 bereitgestellt werden. Für den Standort eines Kunstrasenfeldes sind verschiedene Varianten möglich und zu studieren. Diese Abklärungen – mit Beteiligung der Verantwortlichen des SCK, der Schule und weiterer Nutzer des Kleinfeldes – sollen sorgfältig, evtl. mit

Varianten – vorgenommen werden, damit dem Einwohnerrat eine ausgereifte Botschaft vorgelegt werden kann.

Mit den notwendigen Abklärungen und der Beratung im Einwohnerrat mit den folgenden Rechtsmittelfristen wird es aber nicht möglich sein, ein Kunstrasenfeld auf den 01. Mai 2007 bereitzustellen. Nachdem die zwei neu erstellten Spielfelder auf der A2-Tunneldecke für den Trainingsbetrieb zur Verfügung stehen, vertritt der Gemeinderat die Meinung, dass es sinnvoll und vertretbar ist, die notwendige Planungszeit einzuräumen und die Betriebsnahme des Kunstrasenfeldes auf Frühling 2008 vorzusehen.

Im Sinne dieser Ausführungen ist der Gemeinderat bereit, die Petition als Postulat entgegenzunehmen.

Robert Thalmann beantragt, die Petition – wie vom Gemeinderat angeregt – als Postulat entgegenzunehmen. Mit der vorliegenden Petition, die von weit über tausend Personen unterzeichnet wurde, wird ein Kunstrasen gefordert. Die Junioren des Sportclubs Kriens und die Krienser Schulen brauchen dieses Kunstrasenfeld. Auf diesem Feld wird nicht Kunst, etwa Bilder oder Masken, ausgestellt, wie im Bellpark. Auf dem Kunstrasenfeld wird vor allem Fussball gespielt. Aber auch hier sind Künstler am Werk, eben kleine und grössere Fussballkünstler. Das Feld ist nicht für den Spitzensport, sondern für den Breitensport vorgesehen. Kriens hat die grösste Juniorenabteilung der Schweiz mit 550 aktiven Junioren, 81 Trainings pro Woche mit 39 Teams. Dazu stehen nur 3 Rasenplätze zur Verfügung. Viel zu wenig, diese sind daher permanent überlastet und können sich nicht mehr regenerieren. Das geforderte Kunstrasenfeld ist dringend nötig.

Die vielen Vorteile sind in der Petition ausführlich beschrieben; Hauptvorteile sind die hohen Belastungsmöglichkeiten, die Steigerung der Trainingsqualität und die Senkung der Unterhaltskosten. Gemäss einer neuen Studie kostet ein Kunstrasenfeld rund Fr. 40 - 50 / Stunde; ein Naturrasenfeld rund Fr. 80 - 90 / Stunde Belegung.

*Wo soll das Kunstrasenfeld zu stehen kommen?*

Abklärungen sind im Gange; priorisiert ist die Leichtathletikanlage, wobei klarzustellen ist, dass die bestehende Laufbahn wie auch die bestehenden Beachvolleyfelder erhalten bzw. ebenfalls erneuert werden. Ein super-idealer Platz mit vielen Vorteilen.

*Wie sieht es in zeitlicher Hinsicht aus?*

Die Petition wurde Mitte Juli dieses Jahres eingereicht. Bei einer sofortigen Behandlung hätte der Rasen auf Frühjahr 2007 realisiert werden können. Das ist nun zeitlich leider nicht mehr möglich. Das wurde bereits diskutiert. Der Zeitpunkt wurde mit den Beschlüssen zum Sportanlagenkonzept verbindlich fixiert: Das Spielfeld muss spätestens im Frühjahr 2008 spielbereit sein. Nach Ansicht der Petitionäre, wenn immer möglich, vorher, zum Beispiel bereits auf 01. Januar 2008. Auch in diesem Fall würden die Kosten erst im 2008 anfallen. Die Übereinstimmung mit dem vorliegenden Finanzplan, der die Investition auf 2008 vorsieht, wäre also gegeben.

In diesem Sinn ersucht Robert Thalmann um Überweisung der Petition als Postulat.

Hansruedi Kunz wünscht, dass genau abgeklärt wird, wo das Kunstrasenfeld realisiert werden soll. Wieso nicht auf dem Hauptfeld? Der SCK hat mitgeteilt, dass er in den nächsten fünf Jahren keine weiteren Forderungen bezüglich Kunstrasen und Sanierungen stellen wird. Man muss daran denken, dass diese Äusserung verbindlich für den SCK ist.

Für Stefan Meyer hat der SCK einen Wunschzettel überreicht. Er persönlich hat Mühe mit dem Petitionsinhalt. Der Finanzplan ist keine Basis dafür. Dieses Geschäft muss sorgfältig behandelt werden. Er steht dem Anliegen der Petitionäre positiv gegenüber – verlangt jedoch eine vorsichtige Prüfung.

Pia Zeder stellt fest, dass der Einwohnerrat die Änderung der Traktandenliste abgelehnt und damit klar zum Ausdruck gebracht hat, dass er die Ausgaben für den Kunstrasen nicht im Gesamtzusammenhang der Finanzpolitik der Gemeinde Kriens diskutiert haben will. Dieses Vorgehen kann die SP/GB-Fraktion nicht mittragen. Die Gefahr ist zu gross, dass zunächst ein sehr kostspieliges Einzelanliegen abgehakt wird, um nachher freie Hand für die Rückweisung des Budgets zu haben.

Eine Budgetrückweisung hat Folgen, die der Bewilligung dieser grossen und in den Folgejahren budgetwirksamen Investition gegenübergestellt werden müssen. Hier nur ein paar Stichworte für mögliche Einsparungen: grössere Klassen trotz Blockzeiten, weitere Erhöhung der Gebühren und Heimtaxen, Reallohnverlust. Im Detail wird die SP/GB-Fraktion darauf bei der Budgetdebatte zurückkommen.

Die Fraktion kann den Wunsch der Petitionäre und des SCKs nach Erstellung eines Kunstrasens nachvollziehen, ist aber nicht bereit, die Investition ohne Beurteilung der Dringlichkeit und Finanzierbarkeit im Gesamtzusammenhang aller anstehenden Investitionen zu unterstützen. Deshalb lehnt die SP/GB-Fraktion die Überweisung der Petition grossmehrheitlich ab.

Werner Baumgartner staunt über die Voten der SP/GB-Fraktion und von Stefan Meyer. Er sieht kein überstürztes Vorgehen, schliesslich wird heute noch nichts finanziell abgesegnet. Es geht erst um die Überweisung der Petition als Postulat. Der Kunstrasen ist ein dringendes Bedürfnis und man ist sich einig, dass man diesen will. Der Gemeinderat soll den entsprechenden Bericht und Antrag erstellen. Mehr muss heute noch nicht entschieden werden. Der Sprecher ist für die Überweisung der Petition als Postulat.

Matthias Senn stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden. Eine Petition kann als Motion oder Postulat überwiesen werden. Die Petitionäre sind bereit, die Petition als Postulat überweisen zu lassen, so wie es der Gemeinderat beantragt.

### ***Abstimmung***

Mit 16:8 Stimmen wird die Petition als Postulat überwiesen.

## **4.2 Dringliche Motion Brunner und Mitunterzeichnende: Verkehrsspiegel Einmündung Amlehn-/Langsägestrasse Nr. 154/06**

Joe Brunner erklärt namens der Motionäre, dass die Einmündung auf der Amlehn- / Langsägestrasse Gefahren birgt. Es ist wegen der Verkehrsinsel mitten auf einem geraden Weg auf der Radroute und gleichzeitigem Schulweg nicht möglich, ohne Gefahr von der Luzernerstrasse her in diese Strasse einzumünden. Man kann an der Stopplinie nicht in die Strasse einsehen, wo Radfahrer bergab mit erlaubten max. 40 km/h heranbrausen. So birgt das Losfahren von der Luzernerstrasse ein gewisses Risiko, welches meist zu Ungunsten der Radfahrenden ausfällt. Dieser Missstand sollte mittels eines Verkehrsspiegels verbessert werden. So sieht auch der motorisierte Verkehrsteilnehmer an der Stopplinie via Spiegel, ob von der Amlehnstrasse Verkehrsteilnehmer herannahen.

Die jetzige Situation ist unbefriedigend. Der Sprecher hat mit eigenen Augen gesehen, welche heiklen Szenen sich abspielen. Mittels eines Spiegels wäre zumindest eine Verbesserung in Sicht, so dass auch der Einmündende nicht mehr sagen kann „Ich habe nichts gesehen“. Der Sprecher bittet den Einwohnerrat, die Motion zu überweisen.

Bruno Peter erachtet das Anliegen als berechtigt. Sein Votum fällt deshalb kurz aus. Es wäre auch eine Möglichkeit gewesen, ihn telefonisch auf diese Problematik hinzuweisen, anstelle der Einreichung eines Vorstosses. Der Gemeinderat wird das Anliegen als Postulat entgegennehmen.

Leo Bolzern teilt die Auffassung von Joe Brunner und unterstützt die Motion. An dieser Stelle werden die Radfahrenden erst im letzten Moment sichtbar. Deshalb besteht dort eine grosse Gefahr für Unfälle.

Bruno Bienz ist der selben Meinung. Er kann nicht nachvollziehen, wieso Hansruedi Kunz bei der Opposition zur Dringlichkeit bezweifelt, dass es sich dort um eine gefährliche Stelle handelt. Auf der Internetseite der IG Velo sind verschiedenste gefährliche Stellen für Radfahrende aufgelistet: Diese Einmündung ist dort ebenfalls erwähnt.

Hansruedi Kunz wollte mit seinem Votum keinesfalls sagen, dass er gegen eine Beseitigung von Gefahren ist. Aufgrund der Beschreibung in der Motion und einer Besichtigung vor Ort konnte er aber nicht herausfinden, warum gerade diese Stelle so gefährlich sein soll. Falls er - aufgrund deren unklarer Beschreibung - die falsche Situation beurteilt hat, tut ihm dies leid.

Martin Heini fährt diese Strecke selbst oft durch. Auch er wurde schon von Autofahrern abgedrängt. Als er deshalb einen Autofahrer zur Rede stellte, bestätigte ihm dieser, dass er ihn nicht gesehen hat. Ein Spiegel ist deshalb sehr wichtig. Der Sprecher unterstützt die Motion.

Stefan Meyer fragt sich, wer auf die Idee kam, dort eine Verkehrsinsel hinzustellen. Er möchte wissen, ob diesbezüglich eine Information an die damals zuständigen Verkehrsplaner erfolgt. Ausserdem möchte er vom Gemeinderat wissen, ob er es richtig verstanden hat, dass das Anliegen nur als Postulat entgegengenommen werden soll.

Bruno Peter hat bereits erklärt, dass das Anliegen berechtigt ist. Der Auftrag zur Überprüfung dieser Situation wurde bereits erteilt. Das Problem wird gelöst werden, allerdings gibt es noch andere Möglichkeiten, als die Situation mittels Spiegel zu entschärfen. Deshalb nimmt der Gemeinderat das Anliegen als Postulat entgegen.

Die Verkehrsinsel wurde aufgrund von Interventionen im Grossen Rat beschlossen, damals ging es vor allem um die Sichtweise des Verkehrs von Luzern her Richtung Kriens. Heute wird eher die Problematik geschildert, wenn man von Kriens Richtung Luzern unterwegs ist. Vielleicht kann hier Daniela Kiener als Mitglied des Grossen Rates genauere Auskunft erteilen.

Räto Camenisch war auch bei der Behandlung im Grossen Rat involviert. Die Krienser Grossräte wollten damals das Projekt einsehen, bevor dieses im Parlament behandelt wurde. Man stellte dann mit Schrecken fest, dass die Lastwagen der Herzog-Elmiger AG dort alle Richtung Kriens einbiegen sollten. Deshalb wurde die heute vorliegende Variante gewählt.

Joe Brunner hält an der Überweisung als Motion fest. Aber er ist bereit, den Text wie folgt anzupassen: *Wir fordern daher den Gemeinderat auf, auf der Verkehrsinsel einen Spiegel zu montieren oder andere geeignete Massnahmen zu treffen, welche einen Einblick in beide Strassen gestatten.*

Obwohl für Franz Baumann anfänglich auch Fragezeichen zum Nutzen des „halben, zubetonierten Inselis“ bei dieser Verzweigung existieren, sind für ihn heute Sinn und Zweck erkennbar: Weil auf der Langsägestrasse eine Tempolimit von 60 km/h besteht, wird dank der künstlich angelegten Kurve das Tempo eher auf die folgenden 40 km/h reduziert als bei einem geraden Verlauf der Strecke. Auch wenn das „Inseli“ durchaus attraktiver gestaltet werden könnte, dient es der Verkehrssicherheit.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Deshalb lässt er über die Motion - mit der vorher erwähnten Anpassung des Motionstextes - abstimmen:

**Abstimmung:**

Mit 22:0 Stimmen wird die Motion überwiesen.

Nachdem es bereits 12.00 Uhr ist, hält der Vorsitzende fest, dass es sich nicht mehr lohnen würde, vor der Mittagspause noch ein weiteres Traktandum zu behandeln. Somit beginnt die Mittagspause eine Viertelstunde früher. Die Sitzung geht um 14.00 Uhr weiter.

***Mittagspause 12.00 – 14.00 Uhr***

## **5. Bericht und Antrag: Finanzplan 2007 - 20011**

**Nr. 146/06**

Der Vorsitzende begrüsst die Anwesenden, insbesondere die Zuhörenden auf der Tribüne sowie den Sachverständigen, Franz Bucher.

Stefan Meyer namens der FGK hält fest, dass die Finanz- und Aufgabenplanung ein mittelfristiges Planungsinstrument ist, welches die finanzielle Reise aufzeigt. Diese ist getrieben durch Ausgaben und Einnahmen sowie Investitionen. In der Kommission wurden diese Elemente intensiv beraten. Es wurde begrüsst, dass die Einnahmenseite realistische Zahlen zeigt, welche ein Wachstum ausweisen. Mit Ernüchterung wurde festgestellt, dass der Handlungsspielraum bei den Ausgaben eingeschränkt ist. Die Voten zum Sparpotential nahmen eine grosse Stelle ein, aber inhaltlich wurde dieser Bereich nur weniger diskutiert.

Im Finanzplan ist die Schmälerung des Steuersubstrats durch die kantonalen Vorgaben enthalten. Aus Verkäufen von Liegenschaften werden ausserordentliche Erträge ausgewiesen. Die vorliegenden Zahlen zeigen einen klaren Trend zu massiven Defiziten, sofern keine Gegenmassnahmen getroffen werden. Der Finanzplan weist rund 10 Millionen Mehrausgaben aus, welche noch durch Immobilienverkäufe verschönt werden. Wenn diese Beschönigung entfällt, sind es sogar 16 Millionen Mehrausgaben. Der damit verbundene Eigenkapitalabbau kann nicht erfreuen. Die Frage, ob sich hier eine Verbesserung zeigt, bleibt offen. Die diesbezüglichen Ausführungen des Gemeinderates sind sehr vage formuliert. Die Mehrheit der FGK nimmt - gestützt auf diese Überlegungen - den Finanzplan nur mit Besorgnis zur Kenntnis.

Johanna Dalla Bona informiert darüber, dass der Finanzplan in der SGK nicht lange besprochen wurde. Die Meinungen in der SGK waren kontrovers. Es wurde erwähnt, dass der Finanzplan ist nichts anderes als ein Arbeitsmittel ist. Auch wurde gesagt, dass daraus ersichtlich ist, was all die Jahre an Investitionen nach hinten geschoben wurde. Die Mehrheit der SGK nimmt den Finanzplan mit der darin enthaltenen Zunahme der Pro-Kopfverschuldung und der Abnahme des Eigenkapitals mit Besorgnis zur Kenntnis. Nun besteht Handlungsbedarf. Es sind Massnahmen zur Verbesserung der Situation angezeigt.

Judith Luthiger namens der VBK bewertet es positiv, dass der Finanzplan neu nur noch vier Jahre umfasst. Dadurch werden die enthaltenen Zahlen realistischer. Allgemein wurde von der VBK bemerkt, dass der Finanzplan einen sehr kleinen Handlungsspielraum auf der Ausgaben-seite ausweist. Es gab auch eine Diskussion betreffend dem Teuerungsausgleich des Gemeindepersonals. In Abwesenheit des SVP-Mitglieds wurde der Finanzplan einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bruno Achermann wiederholt, dass der Finanzplan lediglich aufzeigt, wohin es mit den Finanzen geht, wenn keine Korrekturen vorgenommen werden. Der Finanzplan ist ein rollendes Planungsinstrument. Gerade deshalb wurde er erstmals auf vier Jahre reduziert. Modellrechnungen sind für die ersten vier Jahre genau, was diese vier Jahre überschreitet, ist nachher ungenau.

Der Finanzplan wird immer zweimal erstellt. Einerseits im Zusammenhang mit dem Budget, andererseits anfangs Jahr, wenn die genauen Zahlen der letzter letzten Rechnung vorliegen. Die Rechnung bietet eine aktualisierte Basis für die Modellberechnungen.

Der Sprecher entschuldigt sich, weil bei der Erarbeitung der Seite 6 (Entwicklung der Nettoschuld pro Einwohner) ab dem Jahr 2008 die falschen Zahlen aufgeführt sind. Dem Einwoh-

nerrat wurde heute eine korrigierte Fassung verteilt. Im hinteren Teil des Finanzplans (Tabellen) sind die Zahlen bereits richtig übernommen worden. Der FGK lagen für ihre Beratung bereits die überarbeiteten Zahlen vor.

Aufgrund der soliden Finanzlage kann man relativ optimistisch in die Zukunft sehen. Deshalb sollte es möglich sein, dass man in den nächsten Jahren - mit speziellen Prämissen - vernünftige Resultate vorlegen kann.

Wie bereits erwähnt wurde, erfolgen aufgrund der Finanzreform grosse Steuerausfälle. Ausserdem besteht generell das Problem, wenn man mit einem negativen Basisjahr startet, dass in den folgenden Jahren nicht bessere Resultate erwartet werden können, ausser die Prämissen verändern sich (z.B. die Ausgabensituation oder bessere Steuererträge). Für den vorliegenden Finanzplan ist das Budget 2007 massgebend. Wenn die vom Kanton prognostizierte Entwicklung aufgrund der Steuergesetzreform bzw. Finanzreform nicht eins zu eins eintrifft, besteht auch die Chance, dass die Zahlen nicht so negativ ausfallen, wie im Finanzplan 2007 - 2011 aufgezeigt.

Der Gemeinderat hat es sich nicht einfach gemacht. Es ist nie angenehm, unerfreuliche Perspektiven aufzuzeigen. Der Sprecher kann leider nicht - wie Hansrudolf Merz - freudestrahlend etwas präsentieren. Der Gemeinderat hat die Steuererträge - aufgrund der vorliegenden Zahlen bis und mit August 2006 - angehoben, diese sind somit realistisch. Bei den Ausgaben besteht eine relativ klare Situation. Der Gemeinderat musste einen Konsens finden. Auch er kann mit den vorliegenden Zahlen nicht leben. Da es sich um eine rollende Planung handelt, muss auf politischer Ebene diskutiert werden, z.B. im Bereich der Investitionen. Dort muss man beschliessen, ob man investieren will und dafür ein Defizit in Kauf nimmt, oder ob man auf die Ausgaben verzichtet. Diese Auseinandersetzung wird jedes Jahr stattfinden. Hier ist das Parlament gefragt. Der Gemeinderat wird laufend Anpassungen vornehmen und will eine Veränderung erreichen. Der Finanzplan wird keinesfalls als Zielgrösse betrachtet.

Der Sprecher wird im Moment noch auf keine Details eingehen. Er wird die Fragen der Einwohnerratsmitglieder beantworten und bittet den Einwohnerrat, vom Finanzplan 2007 - 2011 Kenntnis zu nehmen.

Simon Konrad teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Businessplan der Gemeinde Kriens mit Besorgnis zur Kenntnis genommen hat. Er dankt dem Gemeinderat für dessen Erarbeitung. Die neuesten Zahlen der bevorstehenden Finanzreform, der Steuergesetzrevision und des Finanzausgleiches sind berücksichtigt. Die Einnahmen, mit einem unveränderten Steuerfuss, sind heute realitätsnah budgetiert und lassen kaum Überraschungen erhoffen. Es sind nicht die Investitionen im Zentrum, die Schulanlagen oder die Sanierung des Kleinfelds oder des Schwimmbades, die der FDP-Fraktion zu denken geben. Vielmehr ist es die laufende Rechnung (Seite 11). Das Budget 2008 kann nur wegen 3,5 Millionen Ertrag aus Liegenschaftsverkäufen noch ausgeglichen daherkommen. Budgetierte Defizite von 4,4 Millionen Franken im 2009 und 3,5 Millionen Franken im 2010 rufen nach Massnahmen. Angesichts der Tatsache, dass 6 Millionen Franken Erlös aus Verkäufen in die laufende Rechnung einfliessen, sind Massnahmen erforderlich, damit sich das Kapital und damit die Handlungsfreiheit nicht auflösen.

Der Sprecher ist der Überzeugung, dass der Gemeinderat die Situation richtig erkannt hat und dem auf Seite 6 bzw. 12 aufgezeigten Trend: „Nettoverschuldung pro Einwohner +73 %“ und „3mal kleineres Eigenkapital bis 2011“ mit allen Mitteln entgegenwirken wird. Sollten die laufenden Ausgaben längerfristig nicht durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden können, wird die FDP-Fraktion wohl auf die eine oder andere Investitionen verzichten müssen.

Paul Winiker namens der SVP-Fraktion stellt fest, dass der Gemeinderat einen mittelfristigen Finanzplan vorlegt, der seinen eigenen Legislaturzielen widerspricht und den klaren Auftrag des Einwohnerrates ignoriert: nämlich ausgeglichene Rechnungen zu erwirtschaften und den Steuersatz in Kriens mittelfristig auf das durchschnittliche Niveau der Agglo-Gemeinden zu bringen. Dazu fehlt dem Gemeinderat offenbar der Mut und die Vision, das ist enttäuschend. Horw zeigt es vor: dort will ein finanzpolitisch forscher Gemeinderat den Steuersatz in den nächsten Jahren von 1,7 auf 1,65 senken. Littau geht von 2,2 auf das luzernische Niveau von 1,85 zurück. Kriens riskiert mit der ambitionslosen Finanzpolitik des Gemeinderates bald die rote Laterne in der Agglomeration zu haben. Man muss sich fragen, ob diese Finanzpolitik in relativ guten Zeiten nicht schräg in der Landschaft steht:

- Der laufende Ertrag soll von 2006 (135 Millionen Franken) bis 2011 auf stattliche 147 Millionen Franken steigen. Die Einnahmen sind offenbar solide geplant und ausgereizt.
- Trotzdem zeigt die Projektion der laufenden Rechnung Fehlbeträge von 1,4 bis 9 Millionen Franken (2011).
- Die Nettoverschuldung soll gemäss Planung des Gemeinderates von 40 Millionen auf 70 Millionen im gleichen Zeitraum steigen.
- Die Investitionsplanung hat durchaus Hand und Fuss mit total 37 Millionen Franken für diesen Zeitraum. Man muss sich die Frage stellen, ob davon 9 Millionen für das neue Zentrum eine kluge Investition aus finanzpolitischer Sicht ist.
- Es fehlen Angaben über die Auswirkungen der notwendigen Sanierung der Pensionskasse der Gemeinde Kriens

Fazit: Für die SVP sind diese Finanzperspektiven nicht akzeptabel. Es fehlt die Vision und der Wille, die erklärten Ziele auch umzusetzen. Das ist enttäuschend für die Krienser Steuerzahler. Kriens braucht für die Folgejahre ein Entlastungsprogramm. Gewisse Leistungen müssen überprüft und hinterfragt werden, Konzentration auf die wesentlichen Gemeindeaufgaben. Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch notwendig und finanzierbar. Die SVP-Fraktion beantragt deshalb, die Finanzplanung 2007 – 2010 ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Stefan Meyer erklärt, dass für die CVP/JCVP-Fraktion der Trend eindeutig ist - eindeutig schlecht. Die grossen kumulierten Defizite zeigen, dass es Kriens droht, die Konsumausgaben nicht mehr im Griff zu haben und dass diese aus dem Ruder laufen. Wichtig ist, dass man nun daraus die richtigen Schlüsse zieht. Was sind die geplanten Gegenmassnahmen? Diese zeigt der Finanzplan nicht auf. Der Gemeinderat sollte hier Antworten liefern. Die Schlussfolgerungen sind einerseits, dass der Finanzplan kein Ruhekissen ist und andererseits, dass die kommunale Steuersatzsenkung aufgrund der vorliegenden Zahlen ein Wunsch bleibt.

Martin Heini erklärt, dass die SP/GB-Fraktion zustimmend Kenntnis nimmt. Der Finanzplan zeigt deutlich die Eckpunkte auf und ist ein gutes Hilfsmittel. Dadurch, dass er nur noch 4 Jahre wiedergibt, ist er realitätsnäher und vergleichbarer geworden. Er enthält aber immer noch gewisse Floskeln im textlichen Teil, wie dies bereits von der SVP angesprochen wurde. Entgegen den Aussagen der „Schwarzredner“ hat Kriens eine gesunde Finanzlage. Die Pro-Kopfverschuldung ist auf einem durchschnittlichen und vernünftigen Stand. Kriens kann - soweit der Sprecher weiss - als einzige Agglo-Gemeinde ein Eigenkapital ausweisen. Die Jahresergebnisse der letzten vier Jahre zeigen weitaus mehr positive Zahlen als die nun vorliegenden moderaten Minuszahlen.



Der Finanzplan ist eine Prognose. Die Parameter wurden angepasst an die kantonalen Vorgaben. Die Auswirkungen sind entsprechend frappant. Die Steuererträge sind an die Realität angepasst, das freut den Sprecher besonders, nachdem er dies immer bemängelte. Auch der unveränderte Steuerfuss ist sehr vernünftig. Der Einwohnerrat hat gehört, was noch auf Kriens zukommt ab dem Jahr 2008.

Die Überprüfung der Leistungen ist ein Bedürfnis der Gesellschaft. Ob die von den bürgerlichen Parteien dargestellte Forderungen nach Senkung des Steuerfusses der Realität entspricht, lässt der Sprecher offen. Die Kosten im Sozialbereich können kaum nach unten korrigiert werden. Man darf nicht ausser Acht lassen, dass im Sozialbereich die Hauptaufgaben der Gemeinde liegen. Dabei ist es aber heikel, von einer Anpassung der Qualitätsstandards zu sprechen. Wie will man dies messen bzw. wie anpassen?

Dem Finanzplan sind „Bandagen“ durch die fixen Ausgaben, limitierte Einnahmen und nun durch den Zeitplan der Sportstättenplanung gegeben. Es treffen sich viele Ideen für Leistungen, die etwas kosten werden, aber es gibt gleichzeitig von einigen Personen die Forderung, dass kein Defizit entstehen darf. Der Sprecher hofft auf Innovation durch „offene Ohren für neue Wege“ bei der Finanzpolitik (Aussage des Gemeinderates im Finanzplan, Seite 8). Der Sprecher fragt sich, ob der Kostensteigerung nur zugeschaut wird oder ob etwas investiert werden soll, was schlussendlich gewinnbringend wirken kann, wie z.B. die Vorinvestitionen im Bildungsbereich.

Die SP/GB-Fraktion hätte es gern gesehen, wenn die Sanierung des Schwimmbads auch vorgezogen worden wäre. Ihr geht nämlich die Werterhaltung den Neuinvestitionen vor. In der Detailberatung werden die Mitglieder der SP/GB-Fraktion noch gewisse Bemerkungen anbringen.

Räto Camenisch teilt die Meinung von Stefan Meyer. Auch er verspürt ein Unbehagen. Er möchte dies aber noch in etwas andere Worte fassen, als es Stefan Meyer getan hat. Der Finanzplan zeigt ein systematisiertes Schreckensszenario, dem die Linken einfach zustimmen. In den heutigen guten Zeiten sollte ein ausgeglichenes Budget möglich sein.

Üblicherweise hat man bei der Erstellung eines Plans diesen auch als Ziel. Der Finanzplan zeigt aber nur die Weiterführung der Zahlen des Budgets 2007. Selbst die Reform 2008 soll keinen Einbruch bringen? Das ist nicht das, was der Sprecher unter einem Finanzplan versteht. Wahrscheinlich muss dieser deshalb alle 6 Monate neu geschrieben werden. Der Sprecher erwartet von einem Finanzplan konkrete Aussagen, wie z.B. „es gibt keine Mehrverschuldung“ oder „es erfolgt eine moderate Steuersenkung“. Solche Aussagen sind es Wert, auf Papier gedruckt zu werden. Jedes Jahr hält er diese Rede und er wird dies auch im nächsten Jahr wieder sagen.

Bruno Achermann hat gespannt zugehört. Zu Räto Camenisch hält er fest, dass man den heute bekannten Stand berücksichtigt hat. Man hat 6,8 Millionen Franken weniger zur Verfügung. Glücklicherweise besteht die Perspektive, dass die Steuererträge trotz der Revision steigen. Man muss zwar die Zahlen nehmen, wie sie im Finanzplan stehen, aber es ist wichtig, diese dabei auch zu interpretieren.

Der Sprecher ist froh, dass der Kanton Luzern mittels Steuergesetzrevision etwas unternimmt. Der Gemeinderat hat nach wie vor das Ziel, den Steuerfuss auf den Durchschnitt der Agglo-Gemeinden anzupassen. Aber es wäre vermessen, dies im Finanzplan einzurechnen. Es wäre auch unrealistisch zu glauben, dass der „Businessplan“ für vier Jahre Gültigkeit behält. Dieser muss laufend angepasst werden. Gewisse Krienser Nachbargemeinden erstellen gar keinen Finanzplan bzw. übernehmen die Vorgaben des Kantons nicht, weil diesbezüglich eine zu grosse Ungewissheit besteht.

Das Hauptproblem der Gemeinde Kriens ist nicht die Investitionsrechnung - dort kann man Verschiebungen vornehmen - sondern die laufende Rechnung. Als Basis des Finanzplans dient das jeweilige Budget. Wenn man mit einem Nuller-Budget startet, ist jede Modellrechnung besser. Der Gemeinderat hätte die Berechnung auch mit einem Nuller-Budget starten und die noch festzulegenden Veränderungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite pauschal erwähnen können. Dies hat er aber bewusst nicht getan.

Man kann vom Finanzplan halten was man will, aber dieser zeigt auf, was passiert, wenn man sich - und damit ist auch das Parlament gemeint - nicht „zusammenrauft“. Verschiedene Interessengruppen richten ihre Vorschläge für Mehraufgaben an den Gemeinderat oder das Parlament. Man muss sich bewusst sein, dass die Umsetzung dieser Vorschläge nicht nur im jeweiligen Jahr Kosten verursacht, sondern dass die Mehrausgaben jedes Jahr anfallen. Die Anforderungen gegenüber den Gemeinwesen steigen stetig. Diese Leistungen müssen aber auch finanziert werden.

Kriens ist eine der wenigen Gemeinden mit einem Eigenkapital. Hätte Kriens dieses nicht, müssten jedes Jahr noch die Finanzfehlbeträge abgeschrieben werden. Dank den besseren Abschlüssen in den vergangenen Jahren hat man aber in Kriens die Praxis verfolgt, Schulden abzubauen. Andere Vergleichsgemeinden haben doppelt oder sogar dreimal so hohe Schulden. Im heutigen Zeitpunkt sind die Zinsen tief. Aber wenn diese erst einmal steigen, dann tut diese Verschuldung weh. Der in Kriens praktizierte Schuldenabbau gab ausserdem aufgrund der wegfallenden Zinskosten wieder Freiraum, um andere Wünsche zu erfüllen.

Abschliessend hält der Sprecher fest, dass der Finanzplan ein Arbeitspapier bzw. ein „Fingerzeig“ ist. Entsprechende Korrekturen müssen in nächster Zeit - spätestens beim nächsten Budget - erfolgen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht mehr zum Eintreten verlangt wird. Es erfolgt nun die **Detailberatung**.

### *Seite 3 - 1. Allgemeines*

Pia Zeder bezieht sich auf den zweitletzten Abschnitt: „Nichts desto Trotz muss die Überprüfung von Angeboten in Bezug auf Quantität und Qualität als Dauerauftrag betrachtet werden, um den sich ständig ändernden Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht zu werden“. Die SP/GB-Fraktion wünscht sich die in diesem Satz erwähnte konkrete Überprüfung der Einnahmen und Ausgaben. Deshalb soll die folgende Bemerkung im Finanzplan aufgenommen werden:

*Der Einwohnerrat wünscht sich vom Gemeinderat spätestens bis Sommer 2007 einen Bericht, in dem aufgezeigt wird, mit welchen Strategien und Massnahmen (ausgaben- und einnahmenseitig) die Gemeindefinanzen den veränderten kantonalen Vorgaben angepasst werden können.*

Die SP/GB-Fraktion verspricht sich davon eine grössere Verbindlichkeit. Im Einwohnerrat wurde gesagt, der Finanzplan sei nur eine Fortschreibung des Budget - mit diesem Bericht hätte man eine bessere Grundlage. Unter dem Begriff klare Strategie versteht die Sprecherin beispielsweise Aussagen wie „in den nächsten fünf Jahren erfolgt keine Mehrverschuldung“, „die Heimtaxen entwickeln sich so und so“ oder „der Gemeinderat geht davon aus, dass eine Steuerensenkung bis dann und dann erfolgen kann“. Durch den Bericht kann eine inhaltliche Diskussion erfolgen.

Es ist wichtig zu prüfen, ob man noch die richtigen Aufgaben macht oder ob man diese vielleicht auch anders erledigen kann (z.B. mittels Zusammenarbeit). Der Gemeinderat muss sich die Frage stellen, ob es die Übernahme von neuen Aufgaben überhaupt braucht. Kann deren Übernahme präventiv wirken, so dass spätere Kosteneinsparungen möglich sind?

Dieser Bericht ist nach Meinung der SP/GB-Fraktion ein besserer Weg, als die drohende Rückweisung des Budgets 2007. Der Sprecherin ist klar, dass diese Bemerkung das Gewicht eines Vorstosses hat. Ob der Einwohnerrat diesem Vorgehen zustimmen kann, hängt deshalb von der Meinung des Gemeinderates ab. Ist der Gemeinderat bereit, diesen Bericht vorzulegen, so dass sich die Einreichung eines entsprechenden Vorstosses erübrigt?

Das ist genau das, was Räto Camenisch schon seit Jahren verlangt. Stefan Meyer hat sein Unbehagen mit dem Finanzplan geäussert und nun auch Pia Zeder. Es fehlen darin einfach die konkreten Aussagen, was der Gemeinderat will. Er nimmt seine Führungsaufgabe nicht wahr. Nun fordert Pia Zeder dies. Der Gemeinderat muss eine Zukunftspolitik machen und eine Auslegeordnung erstellen. Diese braucht es schon lange.

Bruno Achermann hat die Bemerkung genau durchgelesen. Diese sagt nichts anderes, als dass man sich mit dem Jahresabschluss 2006 auseinandersetzen und dann Massnahmen ergreifen wird. Der Sprecher fragt sich, ob dies nun das „Heilmittel“ ist. Der vorliegende Finanzplan ist bereits der 15. den der Sprecher für den Gemeinderat im Parlament vertreten darf, davon hat er 14 Finanzplänen selbst mitgearbeitet. Er weiss deshalb, wovon er spricht, wenn er feststellt, dass genau der gleiche Einwohnerrat, der nun diese Forderungen stellt, selbst eine andere Arbeitsweise an den Tag gelegt hat. Kriens hat vor wenigen Jahren ein Sparpaket ausgearbeitet. Damals hat man breit abgestützt mit dem Parlament während Sondersitzungen die Sparaspekt diskutiert und eine detaillierte Aufgabenanalyse vorgenommen. Das Resultat war ernüchternd. Jeder im Parlament fühlte sich betroffen und hat sich dann gewehrt. Am Schluss waren nur sehr wenige Einsparungen möglich. Durch den geforderten Bericht wird die politische Auseinandersetzungen bzw. die Diskussion lediglich auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Der Einwohnerrat kann aber bereits heute diese Diskussion führen und sagen, was er will. Er soll jetzt und heute bekannt geben, wo er die Prämissen sieht. Der Gemeinderat ist natürlich gerne bereit, den überarbeiteten Finanzplan inkl. einer Auslegeordnung vorzulegen. Er möchte dann aber vom Parlament - vielleicht anlässlich einer Sondersitzung - hören, wie dieses die Umsetzung sieht. Am Schluss muss eine Priorisierung getroffen werden. Der Sprecher ist gespannt auf die Diskussionen im nächsten Frühling.

Pia Zeder ist nicht zufrieden, wenn das Ergebnis des Bericht lediglich ein Zwischenfinanzplan ist. Sie möchte eine Strategie, die vom Gemeinderat offengelegt und dokumentiert wird. Der Bericht soll konkrete Massnahmen aufzeigen. Ihr ist klar, dass das viel Arbeit für den Gemeinderat bedeutet, aber der Einsatz lohnt sich. Sie ist davon überzeugt, dass dies ein wesentlich besseres Vorgehen ist, da es eine inhaltliche Auseinandersetzung erlaubt, mit den laufenden Aufgaben der Gemeinde. Das ist sicher besser als die Rückweisung des Budgets.

Martin Heiz konnte bei den Sparpaketen 1 und 2 aktiv mitarbeiten. Es wurde damals alles sauber aufgelistet. Am Schluss hiess es Links gegen Rechts. Es wurde gekämpft - auch um minimale Beträge von Fr. 200.--. Er glaubt deshalb nicht, dass die Schnürung eines neuen Sparpakets durch den Einwohnerrat die Gemeinde Kriens weiterbringen wird. Der Einwohnerrat kann lediglich die Gesamtschau überblicken. Die Details müssen doch vom Gemeinderat geklärt werden, dieser besitzt die Kenntnisse zu den Tagesgeschäften. Anschliessend kann der Gemeinderat seine Ergebnisse dem Einwohnerrat zur Diskussion vorlegen.

Der Sprecher hat einmal gefordert, dass auch über den Finanzplan abgestimmt werden kann, damit auch dort eine Rückweisung möglich wäre. Leider geht dies nicht, obwohl es seiner Ansicht nach das Beste wäre.

Peter Mattmann wollte eigentlich das Wort gar nicht ergreifen, aber dieses alljährliche Ritual macht ihn ärgerlich. Die Politik, die die Kosten verursacht, wird unter dem Jahr gemacht, z.B. bei der Behandlung von Sachgeschäften. Das Problem ist, dass die Finanzpolitik nun „verpartei-politisiert“ wird. Die einen wollen niedrige Steuern, die anderen finden, es sieht gut aus. Auf dieser Ebene kann man nicht politisieren. Die Links-Rechts-Diskussion muss bei Seite geschoben werden. Man muss unter dem Jahr dazu schauen, dass keine Massnahmen mehr ergriffen werden, die keinen Sinn haben und nicht zu den Aufgabe einer Gemeinde gehören, z.B. wie beim Bereich Informatik an den Schulen. Ein anderes Beispiel sind auch die vielen Aufgaben, die an Dritte vergeben werden. Der Sprecher führt die Zentrumsplanung an, bei der Fr. 30'000.-- für einen Bericht ausgegeben wurden, der nur das aussagt, was man bereits vorher wusste. Der Sprecher teilt deshalb die Meinung des Finanzchefs. Es ist die Aufgabe des Einwohnerrates, eine andere Finanzpolitik zu entwickeln.

Der Sprecher ist sich sicher, dass es in Kriens noch ein Sparpotential gibt. Dieses ist versteckt. Man darf aber keinesfalls mit dem Rasenmäher über die Finanzen gehen. Man muss die Aufgaben - auch wenn es Tabubereiche sind - hinterfragen. Auch das Sozialwesen darf dabei unter die Lupe genommen werden. Aber von allen Bereichen, bei denen man mit einem riesigen Aufwand nur einen minimalen Effekt erzielen kann, sollte man die Finger lassen.

Räto Camenisch widerspricht Peter Mattmann. Es ist kein Ritual, wie die Einigkeit zwischen ihm und Pia Zeder zeigt. Man muss den Gemeinderat zwingen, finanzpolitisch zu führen. Der Sprecher fordert vom Gemeinderat einen Plan, wie es in den nächsten Jahren laufen soll. Erst wenn dieser vorliegt, kann die parteipolitische Beurteilung erfolgen.

Peter Mattmann will nicht, dass der Gemeinderat mehr führt, als es unbedingt nötig ist. Der Einwohnerrat muss doch dem Gemeinderat sagen, wo er mehr Leistungen anbieten will und wo eben nicht. Sonst passiert es doch nur, dass der Gemeinderat ein schönes Programm vorlegt, und dieses dann vom Einwohnerrat völlig zerrissen wird. Es ist Aufgabe des Einwohnerrates, sich auf die Sparmöglichkeiten zu einigen.

Pia Zeder fände es schön, wenn der Einwohnerrat wüsste, wo die Einsparungsmöglichkeiten liegen. Dies ist aber nicht so. Der Gemeinderat ist der Profi und weiss, wo ein allfälliges Potential liegt. Es soll kein Sparprojekt erarbeitet werden, sondern eine Überprüfung der Aufgaben stattfinden. Natürlich ist es wichtig, dass der Einwohnerrat dies - wie von Peter Mattmann erwähnt - während des Jahres vornimmt. Aber dadurch erfolgt keine Überprüfung über die gesamte Verwaltung hinweg, es werden lediglich einzelne Bereiche „herausgepickt“. Der Gemeinderat hat doch viel bessere Möglichkeiten für eine grundsätzliche Betrachtung.

***Abstimmung (Bemerkung Pia Zeder)***

Mit 22:3 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Pia Zeder möchte vom Gemeinderat noch eine Antwort darauf, ob dieser bereits ist, den gewünschten Bericht auszuarbeiten.

Bruno Achermann hat bereits gesagt, dass der Gemeinderat einen neuen Finanzplan vorlegen und dazu Strategien entwickeln wird, wie den heute ausgewiesenen Zahlen entgegengewirkt werden kann. Der Gemeinderat wird Massnahmen aufzeigen. Er nimmt den Auftrag des Einwohnerrats ernst. Der Einwohnerrat darf gespannt sein, was der Gemeinderat erarbeiten wird. Bei der Strategieentwicklung wird der Gemeinderat kaum auf den Einwohnerrat zurückgreifen. Allenfalls wird hierfür aber Unterstützung von aussen benötigt, da auch im Gemeinderat die politischen Meinungen differenzieren.

Helene Meyer möchte wissen, ob Pia Zeder verlangt, dass die Meinung des Parlaments bereits vorgängig einbezogen wird.

Pia Zeder verneint dies. Es wird aber eine Gesamtüberprüfung der Aufgaben der Gemeinde Kriens gefordert. Wird diese vom Gemeinderat vorgelegt?

Bruno Achermann hat diese Forderung übernommen. Der Gemeinderat wird diese erarbeiten.

#### ***Seite 4 - 2.2 Lokale Situation***

Hansruedi Kunz zitiert den Bericht und Antrag: „Die Gemeinde ist deshalb gefordert, alles zu unternehmen, um die Rahmenbedingungen für unsere Gewerbebetriebe möglichst zu optimieren.“ Er möchte wissen, was damit gemeint ist. Sind die heutige Rahmenbedingungen nicht gut? Was ist mit dem Entwicklungsschwerpunkt Schlund?

Bruno Achermann erklärt einleitend, dass es positive Einflüsse auf die Zukunft haben kann, wenn sich das Gewerbe entwickelt, z.B. beim Entwicklungsschwerpunkt Schlund. Es ist wichtig, dass das Krienser Gewerbe bzw. die Unternehmungen gepflegt werden. Schwierigkeiten sollen diskutiert, und miteinander Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden. Kriens hat eine spezielle Wirtschaftsförderung, welche vor allem das Krienser Gewerbe pflegt. Auch auf kantonaler Ebene findet sich eine solche Institution. Die Gemeinde selbst hat relativ wenig Einfluss, aber bei den Eigenfaktoren (z.B. speditive Baubewilligungen) kann man etwas machen. Es gibt viele Bereiche, in denen man sich stetig verbessern kann. Verbesserungen werden ja - nicht nur auf Gemeindeebene - immer wieder angestrebt. Was man jedoch nicht verändern kann, ist die steuerliche Situationen. Kriens macht keine Steuerabkommen, dies passiert auf kantonaler Ebene.

Hansruedi Kunz stellt fest, dass somit in erster Linie die Exekutive bzw. die Verwaltung gefordert ist. Bestehen denn heute Defizite?

Bruno Achermann weiss, dass die Verwaltung in vielen Bereichen gefordert ist: Anfragen gehen ein, Unterstützung wird verlangt. In den letzten Jahren hat man hier grosse Fortschritte

gemacht. Eine Gemeinde, die sich nicht kundenfreundlich verhält, kann sich viel kaputt machen. Wenn die Leute aber begleitet werden und ihnen Hilfe angeboten wird, herrscht Zufriedenheit.

Simon Konrad fühlt sich als Gewerbetreibender angesprochen. Das „Eis in Kriens“ ist nicht mehr sehr dick. Es besteht keine Zuwachsrage, wie dies bei gewissen Grossbetrieben der Fall ist. Vorher hat Paul Winiker in seine Votum die Zentrumsplanung hinterfragt. Gerade deshalb ist es aber so wichtig, dass man ein einladendes Zentrum hat. Kriens hat zur Zeit kein „Herz“ im Zentrum. Die Zentrumsplanung ist enorm wichtig, damit sich die Krienser und Krienserinnen wieder mit Kriens identifizieren und auch hier ihre Einkäufe erledigen. Es braucht schöne Geschäfte und ein interessantes Angebote. Das hilft Kriens.

Paul Winiker ist auch Gewerbetreibender und kennt die Situation in Kriens. Er hat seine Aussagen bezüglich des Zentrums auch nicht auf die Attraktivität des Gewerbes bezogen, vielmehr wollte er damit die Umquartierung der Verwaltung ansprechen.

#### ***Seite 4 - 2.3 Gesellschaftliches Umfeld***

Martin Heini bezieht sich auf die Aussage des Gemeinderates: „Hier geht es primär darum, unsere Qualitätsstandards in verschiedenen Bereichen zu hinterfragen und auf diesem Weg deren Finanzierbarkeit zu prüfen.“

Im Bereich Soziales findet er diese Aussage heikel. Um welche Fragestellung geht es genau? Wie werden die Qualitätsstandards hinterfragt und wie werden diese finanziert? Man darf nicht nur die Kosten betrachten, sondern muss auch deren Nutzen sehen. Wie errechnet man den Nutzen? Was sind das für Korrekturen, die vorgenommen werden sollen? Das von Pia Zeder geforderten Papier geht genau in diese Richtung - solche Floskeln sollen konkretisiert werden.

Peter Prinz findet, dass Martin Heini dies zu eng betrachtet. Die Überschrift des zitierten Textteils lautet „Gesellschaftliches Umfeld“. Darauf beziehen sich die Aussagen des Gemeinderates im zweiten Abschnitt. Der ersten Abschnitt, welcher sich auf den sozialen Bereich bezieht, muss für sich betrachtet werden. Darin wird festgestellt, dass die Rahmenbedingungen durch die übergeordnete Gesetzgebung gegeben sind.

#### ***Seite 9 - 4.1. Verwaltung (Personal)***

Pia Zeder hat auf der schriftlich verteilten Bemerkung zum Finanzplan bereits die Begründung dafür erwähnt. Deshalb wird sie keine weiteren Ausführungen vornehmen und lediglich die Bemerkung vorlesen: *Der Finanzplan sieht für die Anpassung der Besoldung für 2008 1,4 % bzw. ab 2009 nur 1,2 % vor. In den letzten beiden Jahren wurde allein für die Umsetzung des Besoldungssystems durchschnittlich 1 % der Lohnsumme beansprucht. Damit verbleibt für eine generelle Anpassung der Löhne nur gerade 0,4 % bzw. 0,2 %, während beim Sachaufwand mit einer Teuerung von 1,2 % gerechnet wird. In künftigen Finanzplänen ist die volle erwartete Teuerung als generelle Lohnanpassung einzurechnen.*

Wie Bruno Achermann weiss, hat man in den letzten Jahren immer dieselbe Diskussion geführt. Er kann sich nicht erklären, woher die ewige Meinung kommt, dass man eine schlechte

Lohnentwicklung hat. Die Gemeinde Kriens ist ein guter Arbeitgeber - auch im Bereich der Löhne. Der Kanton Luzern weist auch keine höheren Zahlen aus. Man darf nicht ausser Acht lassen, dass bei grösseren Betrieben mehr Fluktuationen anfallen, welche Beträge für Lohnanpassungen „freischaufeln“. Wenn jemand mit einem hohen Lohnniveau in Pension geht und jemand jüngerer nachkommt, benötigt diese jüngere Person selbstverständlich weniger, und die bisherige Lohnsumme kann anders verteilt werden.

Es ist verständlich, dass der Personalverband nicht sonderlich erfreut ist, wenn er nicht immer alle seine Forderungen erfüllt erhält. Es wurden aber immer gemeinsam Lösungen gesucht. Beim heutigen Wissensstand sind die im Finanzplan enthaltenen Zahlen vernünftig. Die mittels Bemerkung geforderte Anpassung sollte nur erfolgen, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern.

Helene Meyer-Jenni weist darauf hin, dass im Formular 0a: „Planungsgrössen und Ausgangslage Bestandesrechnung“ die Kennzahlen des Kantons Luzern übernommen wurden. Beim letzten Finanzplan wurden hier jeweils 0,8 % berücksichtigt. Aufgrund einer Überarbeitung der Parameter wurden nun die Zahlen durch jene des Kantons von 1,4 % und 1,2 % ersetzt. Die Formulierung „volle zu erwartende Teuerung“ erachtet die Sprecherin für problematisch. Eine solche Berechnen ist sehr schwierig. Zu erwähnen ist, dass die effektive Absichtserklärung in Bezug auf die Teuerung etc. jeweils bei den Budgets vorgenommen wird.

Martin Heiz bereitet die Formulierung „generelle Anpassung der Löhne“ einige Mühe. Soll das heissen, dass ungeachtet deren Leistung und Alter alle Mitarbeitenden eine Lohnerhöhung erhalten? Und was passiert, wenn eine Minus-Teuerung eintritt - werden dann die Löhne etwa gesenkt? Bruno Achermann hat ausführlich erklärt, dass auch andere Faktoren zu berücksichtigen sind. Dem kann sich der Sprecher nur anschliessen.

Pia Zeder gibt zu, dass es ein schwieriger Abschnitt zu sein scheint. Ihre Bemerkung bezieht sich nicht auf das Lohnsystem. Soweit sie weiss, benötigt dieses 0,9 % bzw. 1,1 % für dessen Anpassung. In ihrer Bemerkung geht es um die generelle Anpassung - spricht also um die Teuerung. Genau wie beim Sachaufwand sollte man auch bei der Besoldung des Personals die Teuerung einrechnen. Damit wird ein Zeichen gegenüber den Angestellten gesetzt.

Räto Camenisch kann Pia Zeder nicht verstehen. Nun haben sie und er miteinander festgestellt, dass der Finanzplan nichts wert ist, und der Einwohnerrat hat beschlossen, dass der Gemeinderat eine Auslegeordnung vornehmen soll. Darin sind auch die Personalkosten sowie der Umgang mit dem Personal enthalten. Der Gemeinderat hat zudem aufgezeigt, warum die Zahlen vom Kanton übernommen wurden. Es wäre falsch, dem Gemeinderat nun Vorgaben zu machen. Der Gemeinderat soll selber arbeiten können und die Auslegeordnung vorlegen. Der Sprecher möchte aber betonen, dass sich auch die SVP klar für gute Löhne ausspricht. Nur gut bezahltes Personal leistet auch gute Arbeit. Eine Lohnsenkung ist für die SVP deshalb kein Thema, aber allenfalls eine Reduktion des Stellenplans schon.

Bruno Achermann verweist auf die Seite 3 des Finanzplanes. Dort ist ersichtlich, dass die Veränderungen beim Personalaufwand + 7,1 % betragen, während der Sachaufwand nur ein plus von 6,8 % aufweist.

Helene Meyer-Jenni möchte zu Martin Heiz festhalten, dass beim heutigen Lohnsystem der Gemeinde Kriens der Funktionswert, der Erfahrungswert und der Leistungswert massgebend sind für die Höhe des Lohns. Damit hier Anpassungen erfolgen können, müssen Gelder bereit gestellt werden. Dabei kann es sein, dass jemand gar nichts erhält, und eine andere Person eine Lohnanpassung von 1 %. Es erfolgt also keine generelle Anpassung. Man muss unterscheiden zwischen der Teuerung (als generelle Anpassung) und dem Lohnsystem der Gemeinde Kriens.

Dem Vorsitzenden liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Er lässt deshalb abstimmen:

### ***Abstimmung***

Mit 10:17 Stimmen wird die Bemerkung abgelehnt.

### ***Seite 11- 4.3 Kultur und Freizeit***

Bruno Bienz namens der SB/GB-Fraktion bedauert es sehr, dass die Finanzplan Diskussion nicht mehr unter Einbezug aller Investitionen möglich ist. Über einen Teil davon hat der Einwohnerrat bereits am morgen Beschlüsse gefasst. Stellt man nun die Investitionen im Sportbereich in den Gesamtzusammenhang, fällt auf, dass ohne dass das Parlament einen Vorstoss überwiesen hat, im neuen Finanzplan Investitionen nach hinten verschoben, und andere Anliegen vorgezogen worden sind.

Nachweislich ist die Sanierung des Schwimmbades eine dringende Angelegenheit. Auch die Kommission ist zu diesem Ergebnis gekommen. Einerseits aus Sicherheitsgründen: Chlor soll die Badegäste vor Krankheiten schützen. Deshalb desinfizieren die meisten Schwimmbäder ihr Wasser mit Chlorgas. Gelangt diese aggressive Substanz bei Störfällen ungewollt in die Atemluft, so kann das bei den Besuchern zu schweren Gesundheitsschäden führen. Dieser Zielkonflikt lässt sich teilweise entschärfen. So verzichten immer mehr Betreiber von Schwimmbädern in der Schweiz aus Sicherheitsgründen auf verflüssigtes Chlorgas in Druckflaschen und wählen weniger bedenkliche Verfahren. Andererseits aus Kostengründen: Im Sportanlagenkonzept steht; Der Energie- und Wasseraufwand sind enorm. Da die Becken nicht mehr dicht sind, hat das einen grossen Wasserverlust zur Folge. Auch die jährlichen Kosten für die Platten-Sanierung gehen ins Geld. Auch der Umweltaspekten darf nicht ausser Acht gelassen werden: Neben dem schon erwähnten Wasserverlust hat die Umwelt auch in anderen Punkten nichts zu lachen. Nach Gesetz müssen Schwimmbäder, die beheizt werden, abgedeckt werden. Dieser Wärmeverlust schlägt sich dann im enormen Energieverbrauch nieder. Im Klartext: Die gesetzlichen Bestimmungen werden nicht eingehalten.

Die SB/GB-Fraktion hofft, dass sich der Gemeinderat dieser Verantwortung bewusst ist. So nebenbei ist noch zu sagen, dass auch die Dächer der Garderoben nicht mehr dicht sind. Auch die Kinderspiel- und Pausenplätze haben einen dringenden Sanierungsbedarf. Dieser Bericht ist schon im Jahre 2002 fertiggestellt und von niemandem in Frage gestellt worden. Aus Kostengründen wurde die Ausführung immer wieder verschoben.

Da erstaunt es schon, wenn der Gemeinderat ohne den Blick auf die Ausgewogenheit, die Forderung des Sportclubs nach einem Kunstrasen allem andern voransetzt. Die Forderung nach einem Kunstrasen ist sicher berechtigt, aber dass dafür Sicherheitsrisiken, Energie- und Wasserverschleuderung in Kauf genommen werden, ist für viele Teile der Bevölkerung nicht verständlich. Nicht zu vergessen ist da auch, dass zwei neue Plätze für die Junioren des Sportclubs noch nicht einmal eröffnet sind und schon kommt die neue Forderung. Auch diese Plätze kosten nicht wenig Geld. Wo bleibt da die Ausgewogenheit?



***Seite 10 - Formular 5a: Veränderung der Zinsbelastung gegenüber Budgetjahr 2007***

Hansruedi Kunz fragt sich, ob hier bei der Auflösung des Finanzvermögens nicht Beträge stehen müssten, oder sind tatsächlich alle Liegenschaften, die verkauft werden sollen, auf Null abgeschrieben?

Bruno Achermann stellt fest, dass nur die Differenz (Verkaufserlös ./. Buchwert) aus der gesamten Zentrumsplanung übernommen wurde. Wenn man eine Liegenschaft auf 1 Franken abgeschrieben hat und dann verkauft, hat man 6 Millionen Franken, die als Gewinn über die laufende Rechnung ausgewiesen werden. Man hat einfach den Saldo übernommen. Die Liegenschaften sind abgeschrieben auf 1 Franken.

Ein Rückkommen wird nicht verlangt. Der Vorsitzende stellt fest, dass vom Finanzplan von zustimmend über besorgniserregend bis ablehnend - mit Überweisung einer Anmerkung - Kenntnis genommen wird.

**6. Bericht und Antrag: Voranschlag 2007**

**Nr. 145/06**

Gemäss Stefan Meyer hat die Mehrheit des Einwohnerrates dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, ein ausgeglichenes Budget 2007 vorzulegen. Dies war auch die Basis der Diskussion in der FGK. Kann das Defizit von 1 Mio. Franken gutgeheissen werden? Die Meinungen dazu waren stark divergierend. Die befürwortenden Mitglieder sagten u.a. ein Defizit von weniger als 1 % liegt im Streubereich, die Relationen sollen gewahrt bleiben, keine Positionen mit „Luft“ gefunden, das Resultat sei realistisch – der Gemeinderat habe mit grosser Sorgfalt und Aufwand budgetiert, eine Rückweisung des Budgets würde ein negatives Zeichen setzen und die Verschuldungslage lasse ein Defizit dieser Grössenordnung zu. Die ablehnenden Meinungen waren u.a. dass keine Massnahmen oder Struktur Anpassungen durch den Gemeinderat ersichtlich sind, der Negativtrend muss von Anfang an bekämpft werden, keine einmaligen oder ausserordentliche Elemente, die eine Ausnahmebetrachtung rechtfertigen würden, zukunftsgerichtetes Denken sei das Gebot der Stunde, die Richtung sei falsch, der Gemeinderat habe seinen Auftrag nicht erfüllt.

Zu möglichen Gegenmassnahmen war man mehrheitlich der Auffassung, der Gemeinderat habe hier den „Lead“. Er ist näher an der Materie und kann die Elemente Umfang, Qualität und zeitliche Umsetzung der Gemeindeaufgaben besser ausloten.

Nach Stichentscheid des Präsidenten stellt die FGK den Antrag, den Voranschlag 2007 zur Verbesserung zurückzuweisen.

Gemäss Franz Baumann hat die BK die baurelevanten Rubriken behandelt und sich mit dem Gemeinderat geeinigt. Mit 5:2 Stimmen hat die BK den Voranschlag 2007 abgelehnt.

Laut Johanna Dalla Bona ist die SGK allgemein nicht erfreut über den Voranschlag 2007. Bezüglich Rückweisung oder Zustimmung sind die Mitglieder geteilter Meinung: Das vorgegebene ist finanziell nicht erreicht. Das Budget soll nicht angenommen werden, man kann nicht mehr ausgeben, als eingenommen wird. Die Rechnung geht nicht auf. Bei einem kleinen Haushaltsbudget geht dies auch nicht. Man muss verbesserte Massnahmen finden.

Die Befürworter finden das Budget realistisch. In den vergangenen Jahren wurde zu optimistisch budgetiert. Man hofft, dass die in früheren Jahren oft benötigten Nachtragskredite im 2007 nicht beansprucht werden.

Der Gemeinderat hat an der Kommissionssitzung die gestellten Fragen und Unklarheiten zur Zufriedenheit beantwortet. Die SGK ist erfreut, dass in ihrem Bereich ein besseres Nettoergebnis in den Heimen erwartet werden kann. Mit Besorgnis wurde zur Kenntnis genommen, dass immer höhere Beiträge an den Kanton für Sozialversicherungen zu leisten sind. Im Hinblick auf die Finanzreform 2008 ist die Aufgabenverteilung in diesem Bereich zu verändern. Die Beiträge an den Kanton für AHV und IV fallen weg – ebenfalls die Kantonsbeiträge für den Massnahmenvollzug. Ein kleiner Lichtblick ist, dass die Zahlen in der Sozialhilfe stagnieren. Die SGK hat dem Voranschlag mit 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und einer Enthaltung zugestimmt.

Gemäss Patrick Koch hat die USK am budgetierten Defizit von über 1 Mio. Fr. keine Freude. Bedauerlicherweise konnten die finanzpolitischen Forderungen des Parlaments nach einem ausgeglichenen Budget nicht umgesetzt werden. Die einen sind erstaunt, dass für das nächste Jahr trotz der florierenden Wirtschaft negativ budgetiert wurde. Sie hätten sich auf der Einnahmenseite positivere Zahlen erhofft. Die USK hält jedoch fest, dass mit dem Budget 2007 realistische Einnahmen geplant sind, die auf mehrjährigen Erfahrungswerten beruhen. Auch die Einnahmenseite stösst bezüglich Wachstum an Grenzen. Auf der anderen Seite ist der Spielraum für weiter Ausgabenenkungen sehr schmal geworden. Die USK hat in der Detailberatung sämtliche Budgetposten des Umwelt- und Sicherheitsdepartements pflichtbewusst überprüft.

In der Schlussabstimmung halten sich Gegner und Befürworter mit je zwei Stimmen die Waage. Mit Stichentscheid des Präsidenten lehnt die USK den Voranschlag 2007 ab.

Judith Luthiger namens der VBK ist der Meinung, dass das vorliegende Budget realistischere Zahlen aufweist als letztes Jahr. In der Kommission wurde vor allem diskutiert, weshalb die Kosten im Bildungsbereich gestiegen sind. Es wurde aber auch festgestellt, dass diverse Gebühren erhöht wurden. Auch die Parteien, welche ein Null-Budget verlangt haben, haben dem Voranschlag 2007 zugestimmt, mit der Begründung, man könne das Budget nicht allein für sich betrachten, sondern müsse es mit der letzten Rechnung vergleichen. Die VBK hat in Abwesenheit des SVP-Mitglieds das Budget mit 4:0 Stimmen angenommen.

Bruno Achermann stellt fest, dass einzelne Mitglieder des Einwohnerrates mit dem Defizit „leben“ können und andere Mitglieder nicht. Es herrscht die gleiche Situation wie im Gemeinderat. Der Gemeinderat hat am Defizit auch keine Freude. Zu Beginn der Budgetierung war das Defizit noch viel höher. Der Einwohnerrat hat viele neue Ausgaben beschlossen, welche sich nun im Budget 2007 niederschlagen. Die erhöhten Erträge genügen nicht, um die ersteigerten Kosten abzudecken. Die grössten Abweichungen gegenüber dem Vorjahr sind in den folgenden drei Bereichen zu verzeichnen: Bildung (+ 1,35 Mio. Franken), Soziale Wohlfahrt (+ 1,1 Mio. Franken) und Verkehr (+ 0.68 Mio. Franken). Die Ertragsseite ist ausgereizt. Es ist klar, dass dies kein Schritt in die Richtung des durchschnittlichen Agglo-Steuerfusses ist. Das Defizit von 1 Mio. Franken ist jedoch verantwortbar und kann mit dem vorhandenen Eigenkapital verrechnet werden. Der Gemeinderat hat gekürzt, wo es möglich war. Jede Kommission hat bei ihrer Budgetberatung geschaut, dass bei ihren Rubriken nichts korrigiert wird. Man will nirgends verzichten. Der finanzpolitische Handlungsspielraum hat sich verringert, viele Positionen – vor allem im sozialen Bereich, sind nicht beeinflussbar. Bruno Achermann bittet den Rat, das Budget 2007 so zu genehmigen.

Werner Baumgartner teilt mit, dass die CVP/JCVP-Fraktion den Voranschlag für das Rechnungsjahr 2007 zurückweisen wird. Sie hat vor zwei Jahren eine Steuersenkung und gleichzeitig – anders als die Ratsrechte – einem Budgetdefizit zugestimmt unter der Bedingung, dass dies das einzige und letzte Mal sein sollte. Die Fraktion hat klar gesagt, dass sie in Zukunft kein Budget akzeptieren würde, welches einen Fehlbetrag in Aussicht stellt. Im letzten Jahr hat es der Gemeinderat geschafft, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wiederholten Versuchen seitens der SVP und der FDP die Steuern zu senken, hatte die CVP den Riegel geschoben und damit den Gemeinderat unterstützt. Nun erwartet die CVP/JCVP-Fraktion aber auch die Unterstützung des Gemeinderates für ihre Politik und ihre Vorstösse. Vor einem Jahr hat der Sprecher eine Motion eingereicht, die den Gemeinderat beauftragt Massnahmen einzuleiten, die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden zu überprüfen und nach Sparpotential zu suchen. Bis heute ist nichts passiert. Jetzt soll die CVP/JCVP-Fraktion ein Defizit - zugegebenermassen ein nicht sehr grosses - gutheissen? Aus folgenden Gründen ist die Fraktion dagegen:

1. Die Haltung der CVP/JCVP-Fraktion gegenüber einem Budgetdefizit war klar. Ein Defizit wird nicht akzeptiert.
2. Es herrschen wirtschaftlich sehr gute Zeiten. Die CVP war sich im Rahmen der Debatten um Steuersenkungen mit der Linken einig. „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ Hier besteht ein antizyklisches Verhalten: Wenn Kriens jetzt nicht ein ausgeglichenes oder gar positives Budget schafft, wann dann?
3. Man sagt, das Budget sei realistisch. Für den Sprecher ist das umso schlimmer. Es gibt keine Aussichten auf Besserung. Der Gemeinderat zeigt mit keinem Satz, wie er die Wende herbeiführen will. Die angesprochene Motion ist in der Schublade. Der Finanzplan sieht nicht gut aus. Wenn man weiss, dass es kritisch aussieht und in Zukunft aussehen wird, warum nicht sofort mit Korrekturen anfangen? Warum aufschieben?
4. Dem Argument, dass es eine unkontrollierte „Hauruck-Übung“ gibt, kann der Sprecher teilweise verstehen. Aber der Gemeinderat hatte genügend Zeit, etwas zu unternehmen. Werner Baumgartner hätte sich schon „beruhigen“ lassen, wenn er Vorschläge und Massnahmen vorgelegt bekäme, die zeigen, dass und wie es besser werden soll.

Die CVP/JCVP-Fraktion schlägt dem Gemeinderat vor, dass er gewisse Ausgaben zurückstellt und v.a. aufzeigen soll, wie er die Finanzen anpacken will. Es wird nicht verlangt, dass innert ein paar Wochen über langfristige strukturelle Ausgaben entschieden wird. Die CVP möchte aber unbedingt Zeichen sehen, wohin es gehen soll. Der Sprecher könnte sich vorstellen, dass der Kauf der neuen Stühle oder die Anschaffung von Maschinen um ein Jahr aufgeschoben wird oder dass die Steigerung der Ausgaben beim Verkehr nochmals überprüft werden. Die CVP/JCVP-Fraktion spricht sich aber klar gegen eine Kürzung des vorgesehenen Teuerungsausgleichs für das Personal aus. Das Personal hat bereits zwei Mal mitgeholfen zu sparen und soll daher nächstes Jahr die vorgenommene Anpassung von 1 % erhalten.

Für Simon Konrad namens der FDP ist es erfreulich, dass der Voranschlag 2007 Mehrerträge von 2.8 Mio. Franken vorsieht. Die aktuellsten Zahlen der Steuerverwaltung sind eingeflossen und die Einnahmen scheinen sehr realistisch. In vielen Bereichen boomt die Wirtschaft. Trotzdem schlägt der Gemeinderat ein Defizit von 1 Mio. Franken vor.

Ferngesteuerte Mehrausgaben belasten vor allem die Bereiche Bildung und Soziale Wohlfahrt. Die laufende Rechnung mindestens ausgeglichen zu gestalten, stellt eine wahre Herausforderung dar. Standards müssen hinterfragt werden, immer die Qualität und nicht die Quantität vor Augen. Es bleibt wohl keine andere Möglichkeit, als bei den Vorgaben des Kantons den Spielraum nach unten sowie auch nach oben vollumfänglich auszunutzen.

Die FDP möchte, dass mittelfristig der Kuchen grösser wird – nur so kann der finanzielle Handlungsspielraum wieder vergrössert werden. Mit der Zentrumsplanung haben wir es in der Hand, ein positives Zeichen für Kriens zu setzen. Mit dem ESP-Schlund haben wir es in der Hand, mit der baldigen Zuführung von Nutzungen auf den eigenen Grundstücken mehr Einnahmen zu generieren und nicht zuletzt muss Kriens steuerlich attraktiver werden, um Leute mit überdurchschnittlichen Einkommen zu halten bzw. nicht von einem Zuzug abzuhalten.

Die FDP vertritt die Meinung, dass der Gemeinderat ihrer Forderung nach einem ausgeglichenen Budget nachkommen muss und beantragt deshalb, den Voranschlag 2007 zurückzuweisen. Diese Forderung ist mit dem Wunsch verbunden, dass der Einwohnerrat seine Hausaufgaben macht und angesichts des kleinen Handlungsspielraums grosse Disziplin mit Nachtragskrediten walten lässt.

Für Martin Heini namens der SP/GB-Fraktion zeigen sich die fixen Ausgaben wie die Knochen eines ausgemergelten Körpers. Es ist kaum Fett vorhanden. Dennoch sind Muskeln vorhanden, damit dieser Körper noch die notwendigen Funktionen wahrnehmen kann. Das moderate Defizit von gut 1 Mio. Franken muss akzeptiert werden. Es wird in der Budgetbereinigung längst nicht mehr um „nur Wünschbares“ diskutiert; nun steckt einfach keine finanzielle Freiheit mehr drin. Leistungen werden reduziert oder für die Kunden verteuert, Kosten resp. Investitionen werden weiterhin aufgeschoben. So ist es kritisch, wenn Heimtaxen erhöht werden, die finanziellen Mittel den Leistungsumfang der Spitex kontingentieren, die Elternbeiträge für Musikschule und Ferienlager steigen, dringend notwendige Schwimmbadsanierung nicht an die Hand genommen wird, die Schulmöblierung oder Maschinenersatz aufgeschoben werden. Das Budget ist realitätsnah im Bereich Steuereinnahmen, Bildung Sozialhilfe (stagniert auf hohem Niveau). Die Abschreibungen mit diesen Sätzen sind vergleichbarer (einheitlich 6 %). Erfreulich ist aber auch der vorgesehene Teuerungsausgleich für das Personal.

Das Budget ist eine Momentanansicht – eine vom Gemeinderat vertretbare Vorausschau. Es ist eine Prognose, noch nicht aber ein Faktum, wie die Rechnung über mehrere Jahre zu betrachten ist. Das Budget ist nicht ausgeglichen, doch das eigentliche Ziel ist es, das Rechnung Ende Jahr möglichst ausgeglichen zu haben. Es ist einfach, das Budget dem Gemeinderat zurückzuweisen und zu sagen: Nochmals, aber ohne Fehlbetrag. Die SP/GB-Fraktion will verbleibenden Spielraum für den Gemeinderat: Gut erschlossener Wirtschaftsstandort und gutes Wohnungsangebot, moderne Dienstleistungen (Tagesschule) und Freizeitmöglichkeiten, angemessene Infrastrukturen für verschiedene Bedürfnisse.

Die SP/GB-Fraktion nimmt das Budget grossmehrheitlich an. Entsprechende Anträge werden bei der Detailberatung gestellt.

Das Rückweisen ist das Festklammern an einer Vision, welche nun aber zu operativen realen Zielen konkretisiert werden muss. Dies braucht klare Vorstellungen, wo weitere Kosten gespart werden, also Leistungen reduziert oder Investitionen nicht getätigt werden. Die Zeit drängt. Für eine seriöse Abklärung genügt die Zeit nicht. Martin Heini bittet, das Budget 2007 anzunehmen.

Peter Mattmann stimmt dem Budget 2007 zu, weil es für eine Rückweisung schwerwiegende Gründe braucht und diese sind nicht vorhanden. Keine Fraktion hat einen Vorschlag gemacht, wo gespart werden soll. Ohne Vorschläge kann das Budget nicht zurückgewiesen werden. Der Sprecher ist auch für ein ausgeglichenes Budget, aber nur, wenn er sagen kann, wo gespart werden soll. Die Auswirkungen dürfen nicht schlimmer sein als der Effekt. Peter Mattmann ist in keiner Kommission. Er vermutet aber, dass es versteckte „Fettpölsterchen“ gibt. Er ist enttäuscht von der Arbeit in den Kommissionen. Es ist u.a. Aufgabe der Kommissionen zu prüfen, wo noch gespart werden kann.

Das Budget zeigt deutlich den Zusammenhang mit der übrigen Politik. Die Buslinie in den Pilatusmarkt Schlund ist eine typische Fehlplanung. Man muss den „teuren“ Bus benutzen, um Einkaufen zu können, anstatt dass man im Zentrum einkaufen geht. Über diese Politik muss diskutiert werden.

Gemäss Paul Winiker lernt man in der Wirtschaft, dass ein Budget etwas ambitiös sein muss, trotzdem aber realistisch erreichbar. Gleichzeitig ist das Budget die wichtigste Zielsetzung für alle Mitarbeitenden. Alle Energie wird darauf verwendet, das Budget zu erreichen oder zu

übertreffen. Das Budget soll mobilisieren und hat Signalwirkung. Eine Regel aus Gewerbe und Wirtschaft sagt, dass wer einmal bereits mit Defizit budgetiert, keine Perspektiven mehr hat. Auch der Gemeinderat hat die Signalwirkung des Budget-Defizits erkannt, wie im Bericht und auch im Kriens-Info zu entnehmen ist. Allerdings will der Gemeinderat eine negative Signalwirkung antönen. Wir sollen an die Defizite 2007 und der kommenden Jahre angewöhnt werden. Wortwörtlich verkündet der Gemeinderat der Bevölkerung im Kriens-Info: „*Der Gemeinderat geht aber von einer Signalwirkung des Budget-Defizits aus: Denn die finanzpolitische Forderung nach ausgeglichenen Budgets und Rechnungen steht im Widerspruch zu realpolitischem Alltag*“. Man muss die Frage stellen, ob uns da ein taktisch motiviertes Budget-Defizit vorgelegt wird.

Für jeden Haushalt und jeden Gewerbler gilt der eiserne Grundsatz: Defizite und damit Verschuldung nur in Notzeiten. Wir stecken aber in einer ziemlich robusten Konjunkturverfassung mit Wachstum. Die SVP lehnt es ab, bei einem Gesamtertrag von 152 Mio. Franken, bei 2.8 Mio. Franken budgetierten Mehreinnahmen gegenüber 2006 ein Budget von Fr. -1'032'000 zu akzeptieren. Es handelt sich um einen Fehlbetrag von 0.7 %. Es kann uns niemand „weiss“ machen, dass es unmöglich ist, 0.7 % bei 152 Mio. Franken einzusparen oder mehr einzunehmen. Viele Gewerbler und auch Familien sind ganz anders gefordert – sie müssen zum Teil mehrere Prozente einsparen.

Die SVP ist also durchaus für Signale, aber für positive im Interesse der Krienser Bevölkerung. Die SVP beantragt dem Einwohnerrat auf ein ausgeglichenes Budget zu beharren und deshalb das vorliegende Budget 2007 zurückzuweisen. Der Gemeinderat soll die „Fettpölsterchen“ aufdecken oder linear 0.7 % kürzen.

***Pause von 16:15 Uhr bis 16:35 Uhr***

Bruno Achermann versteht den Einwohnerrat. Klar kann man überall 0.7 % kürzen. Er hat diese Forderung selber vor Jahren einmal gestellt und es war damals eine provokative Äusserung. Man muss aber sehen, dass gewisse Ausgaben aufgrund von „Rechnungen“ erfolgen. Diese können nicht einfach so gekürzt werden. Der Gemeinderat ist sich nicht bewusst, dass irgendwo noch „Fettpölsterchen“ versteckt sind. Er bittet den Einwohnerrat dem Budget zuzustimmen.

Helene Meyer hat gehört, dass die Einnahmenseiten „tabu“ sind. Von den Kommissionen sind keine Anträge zu Kürzungen erfolgt. Wie Peter Mattmann bereits erwähnt hat, müssten die Kommissionen Vorschläge machen und sagen, wo ihrer Ansicht nach „Fettpölsterchen“ versteckt sind. Die generelle Methode der Kürzung ist nicht realistisch. Der Einwohnerrat soll mitteilen, wo noch gespart werden soll. Sonst wird es für den Gemeinderat schwierig, bei den richtigen Positionen zu kürzen. Weiter wurden bereits viele Weichen gestellt, wie die Einführung der Blockzeiten. Für diese Umsetzung wurden die Klassenbestände reduziert. Kriens führt zur Zeit 165 Klassen. Dies dauert nun bis nächsten Sommer. Wenn ab Sommer 2007 mit 10 Klassen weniger gerechnet wird, bedingt das einen Stellenabbau bei den Lehrpersonen und eine Erhöhung der Klassenbestände. Wo im Bildungsbereich soll gespart werden? Beim Ersetzen des Schulmobiliars schmerzt dies nicht, aber irgendeinmal muss auch dieses Mobiliar ersetzt werden. Man kann dies nicht jedes Jahr aufschieben. Der Kanton zahlt Kriens Fr. 650'000 weniger als das letzte Jahr. Daran kann man nichts ändern. Die Gebühren für Ferienlager und Musikschule sind bereits erhöht worden. Die letzte Erhöhung hatte einen parlamentarischen Vorstoss zur Folge. Wenn der Einwohnerrat das Budget zurückweisen will soll er bitte sagen, was „tabu“ ist und wo falsch budgetiert worden ist.

Räto Camenisch versteht nicht, wieso Kriens in guten Zeiten ein Defizit von 1 Mio. Franken budgetiert und dies obwohl der Einwohnerrat ein ausgeglichenes Budget verlangt. Das vorlie-

gende Budget ist eine Provokation gegen den Einwohnerrat und gegenüber dem Krienser Volk. Wie kann man sich bei 2.8 Mio. Franken Mehreinnahmen ein Defizit von 1 Mio. Franken leisten? Dies kann sich kein Selbständigerwerbender leisten. Die SVP verlangt ein ausgeglichenes Budget, damit in Zukunft eine Steuersenkung wieder angestrebt werden kann. Die Gemeinde Horw wird ihren Steuerfuss senken, die Gemeinde Emmen gibt sich alle Mühe und hat bereits 11 Lehrerstellen gestrichen. Wenn die Gemeinde Kriens so weitermacht, wird sie zu einer einsamen Insel werden. Klar gibt es gebundene Ausgaben und diese steigen leider immer mehr an. Aber trotzdem kann die Kursänderung der Krienser Finanzpolitik nicht akzeptiert werden.

Pia Zeder begreift das grosse Misstrauen nicht. Wenn man die Begründungen zum Defizit gelesen hat, weiss man, wieso der Gemeinderat kein ausgeglichenes Budget vorlegen kann. Antizyklisches Verhalten ist ein Wort, welches immer mehr benutzt wird. Der Bildungsbereich ist sehr komplex. Bei der Besoldung der Lehrpersonen kann der Gemeinderat nichts ändern, ausser es werden Stellen gestrichen. Es ist wenig Spielraum vorhanden, aber vielleicht kann man WSH-BezügerInnen besser integrieren. Pia Zeder plädiert für Budget-Genehmigung.

Matthias Senn stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist, jedoch von der CVP/JCVP-Fraktion, der FDP- und SVP-Fraktion Rückweisung des Budgets beantragt wird. Bei einer Rückweisung entfällt die Detailberatung.

#### ***Abstimmung über Rückweisung***

Mit 14:11 Stimmen wird das Budget 2007 an den Gemeinderat zurückgewiesen.

### ***6.1 Motion Bolzern namens der FDP-Fraktion: Mitsprache des Einwohnerrates bei der Umsetzung des Jugendleitbildes Nr. 132/06***

Für Leo Bolzern ist es problematisch, wenn über Stellenprozente nur mittels Budget abgestimmt wird und wenn sich der Einwohnerrat nicht genügend in die Materie und in die immer wiederkehrenden Folgekosten einstudieren kann und an der Problematik bzw. am Ziel eventuell vorbeischaute. Es ist sicher sinnvoller, wenn mittels Bericht und Antrag diskutiert und eine Meinung gebildet wird, und dadurch der Einwohnerrat schlussendlich überzeugt ist, die richtige Entscheidung getroffen zu haben.

Dass bedeutet nicht, dass der Sprecher nur am Jugendleitbild sparen will. Er ist natürlich der Meinung, dass die Jugend die Zukunft ist. Gerade deshalb erscheint es ihm angebracht, am richtigen Ort und zur richtigen Zeit eventuelle Massnahmen oder Dienstleistungen zu erbringen.

Die FDP-Fraktion ist geschlossen der Meinung, dass künftige Schritte der Umsetzung des Jugendleitbildes mit finanziellen Konsequenzen dem Einwohnerrat mit Bericht und Antrag zur Genehmigung vorzulegen sind.

Cyрил Wiget liest aus dieser Motion den Wunsch der FDP-Fraktion nach besserer Information, vertiefter Diskussion und grösserer Mitsprache heraus. Für dieses Ansinnen hat der Gemeinderat grosses Verständnis. Es ist ihm ein Anliegen, dass der Einwohnerrat die Arbeit in der Abteilung Jugend kennt und mitträgt. Eine Jugendarbeit der „einsamen Entscheide“ kann von der breiten Bevölkerung nicht verstanden werden und hat wohl auch wenig Chancen, die positiven Effekte zu erzeugen, die mit dem Jugendleitbild beabsichtigt werden. Auch die Leitung

der Stelle für Jugendanimation hat sich erfreut gezeigt, dass sich die FDP-Fraktion - zusammen mit den Postulat "Förderung von Freizeitangeboten für Jugendliche" - aktiv in die Diskussion der Jugendarbeit einbringt.

Als zuständiger Gemeinderat hat sich der Sprecher deshalb Gedanken gemacht, wie eine engere Zusammenarbeit mit den Parlamentariern möglich ist. Am Ende der Beantwortung möchte er darauf zurückkommen. In der hier vorliegenden engen Form ist die Motion allerdings klar nicht umsetzbar. Der Gemeinderat bittet das Parlament, die Motion nicht zu überweisen. Die wichtigsten Gründe für diesen Entscheid sind:

***Die Motion verlangt, jeden Schritt zur Umsetzung des Jugendleitbildes mit finanziellen Konsequenzen dem Einwohnerrat als Bericht und Antrag zur Genehmigung vorzulegen.***

Als Beispiel kann von den Proberäumen in der Zivilschutzanlage Feldmühle ausgegangen werden. Für die Installation der Schallschutzwände durch Jugendliche wurden ein paar Franken in die Hand genommen und dieser Betrag wurde in den künftigen Mietzins eingerechnet. Im Jahre 2005 sind die Kosten angefallen, bis ins Jahr 2008 sind diese ausgeglichen. Danach resultiert ein kleiner Gewinn, der weiteren Projekten zugute kommen soll. Gemäss Motion hätte dies nun einen Bericht und Antrag verlangt. Der Entscheid, der an einem Rapport mit der Leitung der Jugendabteilung innert kurzer Zeit geprüft und beschlossen wurde, würde im Einwohnerrat von 35 Personen öffentlich diskutiert werden. Möchten sich die Mitglieder des Einwohnerrats wirklich damit beschäftigen, wie die Schallschutzwände der Proberäume in einer ausgedienten Zivilschutzanlage finanziert werden? Die Jugendarbeit würde träge und könnte dem Tempo der Entwicklungen nicht mithalten.

Ein weiteres Beispiel ist die Infobar. Im Leitbild ist die Einrichtung einer Infobar vorgesehen. Bei der Vorstellung des Leitbildes wurde darauf hingewiesen, dass dies eine zentrale Funktion einer modernen Jugendarbeit zu übernehmen hat. Direkt an der Luzernerstrasse ist nun der Mieter des Ateliers DOM in einem älteren und günstigen Gebäude ausgezogen. Dank einem relativen schnellen Entscheid des Gemeinderates konnte das Lokal gemietet werden, obwohl es angesichts des günstigen Preises mehrere Interessenten gab. Hätte dieser Entscheid den Umweg über das Parlament nehmen müssen, hätte die Gemeinde mit grösster Wahrscheinlichkeit - alleine durch die zeitliche Verzögerung - den Mietvertrag nicht erhalten und einen so idealen Ort vermutlich nicht mehr gefunden oder für einen anderen Raum viel mehr bezahlt und die Jugendlichen hätten noch lange auf eine Infobar warten müssen.

***Die Jugendarbeit wäre nicht nur träge, sondern in ihren Kernaufgaben schlicht handlungsfähig.***

Zur Illustration (übrigens kein erfundenes Beispiel): Es gehen Reklamationen betreffend Nachtruhestörung bei der Busendschleife Obernau ein. Die Jugendarbeit entschliesst sich zu einem Projekt: Jugendliche aufsuchen, gemeinsam Reparaturen durchführen, Jugendliche sensibilisieren, kooperative Jugendliche belohnen, Gespräche mit der Anwohnerschaft, Polizei und Jugendanimation organisieren. Kostenpunkt für die Gemeinde Fr. 2'000.--. Für einen Bericht und Antrag, der dann ein- bis zweimal im Gemeinderat diskutiert wird und dann ein Platz auf der Traktandenliste des Einwohnerrates finden muss, vergeht ein halbes bis ganzes Jahr. Bis dahin ist die Praktikantin, die das Projekt günstig als Schulauftrag machen könnte, schon lange wieder weg, die Situation mit den Jugendlichen womöglich eskaliert und die Anwohnerschaft, die es nicht mehr aushält, unter Umständen weggezogen. „Wir sind drauf und dran von der Gemeinde Kriens wegen der ewigen Lärmbelastung wegzuziehen“, schreibt eine Anwohnerin aus dem Obernau am 26. Juni 2006.

Bei Überweisung der Motion wäre man handlungsfähig. Reagieren könnte man nur mit einem budgetierten Rahmenkredit. Ansonsten könnte man die Arbeit schlicht nicht erfüllen.

***Die Abteilung Jugend darf nicht anders behandelt werden als andere Abteilungen:***

Die Gemeinde Kriens kennt zahlreiche Leitbilder: das Altersleitbild, das Kulturleitbild, etc.. Weder beim Alter noch bei der Kultur werden für Umsetzungsschritte, die innerhalb des Jahresbudgets liegen, Bericht und Anträge erarbeitet und dem Einwohnerrat vorgelegt. Es darf deshalb nicht sein, dass die Jugendarbeit anders behandelt wird. Das Parlament muss eine einheitliche Praxis gegenüber dem Gemeinderat haben und dieser nachleben, alles andere führt zu Diskriminierungen und Unverständnis bei den Betroffenen.

Anzuführen ist zuletzt noch die Bemerkung, dass die Umsetzung der Motion dem gleichzeitig eingereichten Postulat widerspricht. Die FDP fordert darin weitere Aufenthaltslokale, eine sinnvolle Freizeitgestaltung für Jugendliche und einen besseren Suchtmittelumgang. Wie soll eine Abteilung der Gemeinde dies umsetzen, wenn sie gleichzeitig durch eine Motion träge, handlungsunfähig und isoliert wird?

Wie eingangs erwähnt, wäre es wünschenswert, wenn das Parlament über die Arbeit der Jugendanimation informiert ist und sich auch mehr einbringen kann. Der Gemeinderat schlägt deshalb vor, dass die Jugendanimation weiterhin den Jahresbericht der Abteilung Jugend erstellt und diesen zusätzlich mit einem Ausblick auf das kommende Jahr versieht. Den Bericht erhält der Einwohnerrat per Extranet. Im Weiteren traktandiert die Umwelt- und Sicherheitskommission, unter dem Präsidium von Patrick Koch, regelmässig das Thema Jugend und wird dort über aktuelle Schritte informiert und kann zu den einzelnen Konzepten Stellung nehmen. Seit Januar 2001 gibt es die Jugendkommission. Als eine gemeinderätliche Fachkommission begleitet und überprüft sie die Umsetzung der bewilligten Schritte. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind herzlich willkommen, bei Fragen und Anregungen auf die Kommission zuzukommen.

Neben der Forderung nach besserer Information spürt der Gemeinderat zwischen den Zeilen gewisse Ängste aus der Formulierung der Motion, Befürchtungen, dass der Gemeinderat das Leitbild als Freipass nutzen könnte und dadurch in nächster Zeit hohe Kosten entstehen könnten. Aus folgenden Gründen ist diese Angst unbegründet:

Projekte, die umgesetzt werden möchten, sind grundsätzlich zu budgetieren. Im Rahmen des Budgets ist der Einfluss des Einwohnerrates also gewährleistet. Sollte ein Betrag unter Jahresfrist dringend notwendig werden, dann wird dieser als Nachtragskredit dem Gemeinderat unterbreitet und dort auf Herz und Nieren geprüft. Als oberster Jugendarbeiter kann der Sprecher also keinesfalls eigenmächtig handeln. Falls ein Projekt innerhalb eines Leitbildes einen grossen Kredit beansprucht, wie jüngst die Demenzabteilung, dann ist der Gemeinderat von der Gemeindeordnung her in der Pflicht, einen Bericht und Antrag zu erstellen.

Der Sprecher hofft, dass er sein Wohlwollen für den Mitsprachewunsch zum Ausdruck bringen und gleichzeitig plausibel darlegen konnte, weshalb die Motion nicht umgesetzt werden kann. Er bittet das Parlament, die Motion abzulehnen.

Patrick Koch informiert, dass sich die vier anwesenden USK-Mitglieder einstimmig für die Überweisung der vorliegenden Motion ausgesprochen haben. Einerseits wurde bemängelt, dass die politische Mitsprache des Einwohnerrates bei der Umsetzung des Jugendleitbildes nur über die Genehmigung des Budgets möglich ist. Mit dem Budget 2006 hat der Einwohnerrat dann auch eine Erhöhung der Personalpensen bei der Jugendarbeit genehmigt. Im Weiteren waren im Voranschlag 2007 zusätzliche Gelder für die Einführung der Infobar reserviert. Andererseits ist die Kommission der Meinung, dass das jeweilige Erstellen eines Bericht und Antrages sehr zeitaufwendig ist und dringende Massnahmen nicht rechtzeitig umgesetzt werden können.

Die USK war mehrheitlich damit einverstanden, dass inskünftig alle Umsetzungsschritte des Jugendleitbildes mit finanziellen Konsequenzen dem Einwohnerrat mit Bericht und Antrag vorzulegen sind. Allgemein würde man es jedoch begrüssen, wenn der Einwohnerrat über die



einzelnen Umsetzungsschritte des Jugendleitbildes vollumfänglich informiert würde. Dies wird in erster Line als Chance für die Jugendanimation auch in Bezug auf deren Akzeptanz verstanden.

Der Sprecher möchte im Weiteren darüber informieren, dass in Absprache mit den beiden Gemeinden Horw und Kriens der Förderverein für Midnight Projekte Schweiz beauftragt wurde, in Zusammenarbeit mit den lokalen Organisationen und Institutionen eine drei bis viermonatige Pilotphase des Jugendprojektes Midnight Basketball im Roggernschulhaus durchzuführen. Midnight Projekte richten sich an Jugendliche von 13 bis 17 Jahren. Viele dieser Jugendlichen sind am Wochenende nach 22.00 Uhr noch unterwegs, haben jedoch noch keinen Zutritt zu den „Ausgangstempeln“. Stattdessen lungern sie oft auf öffentlichen Plätzen herum und entwickeln problematische Verhaltensmuster. Mit dem Öffnen einer gemeindeeigenen Turnhalle wird den Jugendlichen ab 13 Jahren die Gelegenheit geboten, sich am Samstagabend bei Sport und Tanz zu betätigen. Am 15. November 2006 findet um 20.00 Uhr im Amlehn-Schulhaus eine Kickoff-Veranstaltung zum Pilotprojekt statt, wozu auch ein Mitglied der USK eingeladen ist.

Martin Heiz namens der SVP unterstützt das Anliegen der FDP. Der Einwohnerrat will gewisse Controllingaufgaben übernehmen. Der Sprecher hat manchmal das Gefühl, seit das Jugendleitbild eingeführt wird, wird es immer schlimmer mit unerfreulichen Vorfällen bei Jugendlichen, aber dies ist vielleicht auch eine Zeiterscheinung.

Cyrril Wiget sagt, dass ein schnelles Reagieren wichtig ist. Dem stimmt der Sprecher zu, aber er kennt mehrere Beispiele, bei denen gerade dies nicht der Fall war. Fakt ist, dass die Eltern ihre Aufgaben wahrnehmen müssen. Er selbst hilft bei einer Jugend-Band mit, diese ist dankbar und zählt auf die Erfahrungen der Eltern. Solche Massnahmen sind die beste Prävention.

Martin Heini teilt mit, dass die SP/GB-Fraktion einstimmig für Eintreten ist. Der Vorstoss lässt sich in seinen Augen aber mit einem „Leiterli-Spiel“ vergleichen: Man befindet sich auf dem elften Feld und nun soll es zurück zum zweiten Feld gehen.

Die Jugendpolitik und die Jugendarbeit sind Aufgaben der Gemeinde - siehe dazu auch das Legislaturprogramm. Die Erarbeitung des Jugendleitbildes erfolgte nicht durch den Gemeinderat alleine, sondern eine Arbeitsgruppe mit 15 Personen, Vereine, Verbände, Institutionen, Jugendliche und Spezialisten (Büro WeST) haben sich beteiligt. Auch fand eine öffentliche Vernehmlassungsveranstaltung statt. Die Resultate waren eine fundierte Analyse, ausgewiesene Massnahmen und Ressourcen.

Am 12. Mai 2005 wurde das Umsetzungskonzept, welches in verschiedenen Etappen über die nächsten Jahre verteilt, erfolgen soll, präsentiert. Die Umsetzung wird durch die Jugendkommission überwacht. Sie stellt Anträge an den Gemeinderat, welche dann budgetwirksam sind und damit dem Einwohnerrat vorgelegt werden.

Die Rollen sind verteilt, die Spielregeln sind bekannt. Bei der Jugendarbeit geht es um ein ernsthafteres Spiel als nur ein „Leiterli-Spiel“. Die Rollenträger haben ihre Kompetenzen, dies gilt auch für den Einwohnerrat. Nun alles umzustossen und zurück auf das zweite Feld zu ziehen ist reine Bürokratie. Dies bringt der Jugend nichts. Deshalb spricht sich die SP/GB-Fraktion einstimmig für die Ablehnung der Motion aus.

Daniel Piazza namens der CVP/JCVP-Fraktion erwähnt, dass der Einwohnerrat mit der Budgetgenehmigung die Möglichkeit zur Intervention hat. Falls der Gemeinderat immer einen Bericht und Antrag erstellen müsste, würde er faktisch dazu gezwungen, das Leitbild vollumfänglich umzusetzen. Er hat sich jedoch entschieden, schrittweise und punktuell, wo es notwendig und

finanziell tragbar erscheint, eine Umsetzung vorzunehmen. Mit diesem Vorgehen ist die Aufnahme im Budget gerechtfertigt und es benötigt nicht jedes Mal einen Bericht und Antrag. Dies liegt - wie es Cyrill Wiget bereits gesagt hat - in der finanziellen Kompetenz des Gemeinderates. Selbstverständlich wünscht sich die CVP/JCVP-Fraktion auch inskünftig im Kommentar zum Budget den Hinweis auf das Jugendleitbild.

Nach Ansicht der CVP/JCVP-Fraktion ist die politische Mitsprache auch so vollumfänglich gewährleistet. So ist es im Rahmen der Fragestunde oder unter Wahrnehmung anderer politischer Instrumente möglich, jederzeit Auskunft über die Umsetzung des Jugendleitbildes vom Gemeinderat zu erhalten. Insgesamt kann der Einwohnerrat so dem Gemeinderat sowie den entsprechenden ausführenden Stellen die Flexibilität ermöglichen, die sie im Sinne eines bedürfnisgerechten Umgangs mit Jugendlichen - deren Leben und somit auch Betreuung von grossem Wandel geprägt ist - benötigen. Das zur Verfügung stellen des Jahresberichts auf dem Extranet wird von der CVP/JCVP-Fraktion sehr begrüsst.

Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt die Motion aus den genannten Gründen einstimmig ab. Sie spricht sich aber mehrheitlich für die Überweisung als Postulat aus.

Leo Bolzern möchte auf den letzten Satz im Jugendleitbild hinweisen: „Die Jugendkommission überprüft die Umsetzung der bewilligten Schritte durch die Jugendanimationsstellen. Diese Etappierung ermöglicht die permanente Überprüfung und das Anbringen allfälliger Korrekturen. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat entscheiden über jeden weiteren Umsetzungsschritt.“

Cyrill Wiget staunt manchmal schon. Wenn Jugendliche kaputte Bänke und Dächer reparieren, gibt es keine Reaktionen aus der Bevölkerung. Dies wird nicht mal gross zur Kenntnis genommen. Wenn allerdings Jugendliche mit dem Fussball gegen ein Garagentor spielen, erhält er deswegen viel Post.

Für den Sprecher ist es sehr wichtig, dass man den Jugendlichen auch positive Rückmeldungen erteilt. Man darf nicht immer betonen, wie viel schlimmer die heutige Jugend ist. Das führt zu einer negativen Spirale.

Zu den von Leo Bolzern aus dem Jugendleitbild zitierten Aussagen muss festgestellt werden, dass es schwierig ist, diese nur losgelöst zu betrachten. Es steht nämlich auch im Jugendleitbild, dass der Einwohnerrat mittels Budget jederzeit die Möglichkeit hat, gewisse Gelder nicht bereit zu stellen.

Der Sprecher dankt für die positiven Reaktionen und hofft, dass mit dem gesteckten Rahmen weiterverfahren werden kann.

Dem Vorsitzenden liegen keine Wortmeldungen vor. Der Motionär ist bereit, sein Anliegen in ein Postulat abzuschwächen. Dagegen gab es aber Interventionen, weshalb abzustimmen ist:

### ***Abstimmung***

Mit 14:13 Stimmen wird das Anliegen als Postulat überwiesen.

## **6.2 Motion Heini und Mitunterzeichnende: Tarifzonenänderung Mattenhof**

**Nr. 099/06**

Martin Heini hat diesen Vorstoss vor einem  $\frac{3}{4}$  Jahr eingereicht. Inzwischen ist viel passiert. Deshalb muss er nicht mehr soviel sagen, wie ursprünglich in der Motion stand. Die darin enthaltene Forderung wurde in der Zwischenzeit erledigt - soweit der Sprecher weiss, im Juni. Die Station Mattenhof liegt nun in einer Ausbuchtung der Zone 20. Der Sprecher betrachtet seine Motion deshalb als erledigt. Er bittet den Einwohnerrat um die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung der Motion.

Bruno Peter erklärt, dass bereits alles gesagt wurde. Die unterschiedlichen Tarifzonen waren auf ein Umsetzungsproblem beim Projekt AggloMobil zurückzuführen. Deshalb konnte dies nicht vom Gemeinderat selbst geändert werden. Der Antrag wurde durch den zuständigen Tarifverbund Luzern/Obwalden/Nidwalden - als Schnittstellenproblem entgegengenommen und die Korrektur auf den 1. Juni 2006 umgesetzt.

Hansruedi Kunz möchte wissen, ob man nun auch zum Kupferhammer herunter fahren kann in der Tarifzone 20.

Bruno Peter hat den Tarifzonenplan vor sich, er ist jedoch nicht so ein guter Fahrplanleser. Er weiss, dass der Quartierbus auf der ganzen Strecke in die Tarifzone 20 eingeteilt ist. Der 1ner liegt in der Zone 10 und 20, irgendwo beim Kupferhammer befindet sich die Zonengrenze. Wenn man mit dem 1ner vom Obernau Richtung Luzern fährt, muss man zwei Zonen lösen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Wort nicht weiter verlangt wird und lässt abstimmen:

### ***Abstimmung***

Mit 19:0 Stimmen wird die Motion überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

## **6.3 Postulat Heini und Mitunterzeichnende: Optimierung der Buslinie 16 Nr. 100/06**

Martin Heini hat in seinem Postulat vier Schwerpunkte fixiert:

- Die Haltestelle Oberkuonimatt sollte während der ganzen Betriebszeit und nicht nur zu Stosszeiten bedient werden. Die Benutzer kommen aus der entgegengesetzter Richtung. Zudem sind nicht nur Pendler und Bewohner auf diese Haltestelle angewiesen, sondern auch Besucher der Freizeitbetriebe.
- Anschluss Buslinie 16 und S-Bahn: Der neue Fahrplan nimmt trotz der neuen Bushaltestelle Mattenhof, als Netzknoten, keine Rücksicht auf Umsteigemöglichkeiten. Die Synchronisation Bus/Bahn ist nicht gewährleistet. Analog ist dies auch beim Bahnhof Horw der Fall. Wartezeiten an Endpunkten bedeuten Zeitreserven bei der Neuplanung.

- Takt auf der Linie 16: Der öV fährt nach Takt. Die Abfahrtszeiten auf den wichtigen Stationen sind auf fixe Zeiten anzupassen, damit auch der Anschluss der S-Bahn gewährleistet werden kann.
- Klare Haltestellenbezeichnungen: Es gibt sprachliche Probleme bei den Haltestellen und den Busautomaten. Gewisse Krienser-Stationen findet man nicht unter den Anfangsbuchstaben, sondern es wird Kriens vorangestellt. Die Haltestelle Oberkuonimatt ist nicht vorhanden. Sinn und Zweck der Tafeln ist es die Tarifzone und die Linie abzulesen. Dies muss unbedingt berücksichtigt werden.

Martin Heini bittet den Rat, das Postulat entsprechend zu unterstützen, damit diese Anliegen beim Fahrplanwechsel 2006 berücksichtigt werden können.

Gemäss Bruno Peter wurde mit der letzten Fahrplanumstellung vom 11. Dezember 2005 die Streckenführung der Buslinie 16 teilweise markant verändert. Neu wird die S-Bahn-Haltestelle "Kriens-Mattenhof" angefahren und die Streckenführung durch das Kuonimattquartier über den neuen Pilatusmarkt ins Zentrum Horw verlängert.

Gemäss den Postulanten bringen diese Veränderungen - neben klaren Verbesserungen - auch Nachteile für das Busangebot der Linie 16. Die Postulanten ersuchen den Gemeinderat um Prüfung verschiedener Verbesserungsvorschläge. Der Zweckverband öffentlicher Agglomerationsverkehr Luzern ÖVL plant, organisiert und finanziert den öffentlichen Verkehr auf dem Verbandsgebiet. Ebenso koordiniert der Verband die Leistungen im öffentlichen Verkehr. Die Leistungsaufträge für die einzelnen Linien werden von den jeweils betroffenen Gemeinden nach dem Bestellerprinzip festgelegt. Das Baudepartement hat mit dem Zweckverband ÖVL, der VBL und der Zentralbahn die Anträge geprüft und nimmt wie folgt Stellung:

#### *Haltestelle Oberkuonimatt*

Diese Haltestelle der Buslinie 16 wurde mit dem letzten Fahrplanwechsel aufgehoben, da die Busse seit dem 11. Dezember 2005 neu zur S-Bahn-Haltestelle "Kriens-Mattenhof" geführt werden. Da die beiden Haltestellen sehr nahe beieinander liegen, wurden der Erschliessung der S-Bahn-Station höhere Priorität zugewiesen. Zudem wurde in diesem Sommer der Mattenhof und die S-Bahn-Haltestelle mit einer neuen Strasse erschlossen. Damit kann ab Fahrplanwechsel Dezember 2006 der "16er" direkt von Kriens her - beim Restaurant McDonalds - über die neue Strasse zur Haltestelle "Kriens-Mattenhof" gelangen. Der Strassenabschnitt Kreis Mattenhof bis Autorama - mit der ehemaligen Haltestelle Oberkuonimatt - wird künftig also nicht mehr befahren.

#### *Anschluss Buslinie 16*

Mit dem letzten Fahrplanwechsel 2005 wurde die Linie 16 von Kriens über das Quartier Kuonimatt hinaus nach Horw Zentrum und Horw-Spitz verlängert. Bei der Fahrplanerstellung mussten verschiedene Randbedingungen bzw. Anschlüsse berücksichtigt werden:

- Kriens auf Buslinie 15
- Horw auf Buslinie 21
- Mattenhof auf S-Bahn

Bei dieser Planung wurde aus Sicht der Gemeinde Kriens dem Anschluss auf die Quartierbuslinie 15 zu grosses Gewicht beigemessen. Auf Grund dessen kann bei der Haltestelle "Kriens-Mattenhof" zur Zeit nur in einer Richtung Anschluss auf die S-Bahn angeboten werden. Diese Situation ist für die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel Bus und Bahn unbefriedigend. Die Fahrplangestaltung wurde zwischen den Gemeinden Kriens und Horw, dem Zweckverband ÖVL und den Transportunternehmungen besprochen.

Auf den kommenden Fahrplanwechsel Dezember 2006 können nun die Anschlüsse – teilweise – verbessert werden. Für den Zug S4 nach Stans ist in Zukunft der Anschluss in beiden Richtungen gewährleistet. Für die Verbindung S5 nach Giswil ist die Umsteigezeit sehr knapp und kann demzufolge nicht garantiert werden.

#### *Linie 16 / Taktänderung am Abend*

Grundsätzlich ist der Wunsch nach durchgehenden merkbaren Taktfolgen verständlich und begründet. Fahrplangestaltungen sind aber hochkomplex und haben auf verschiedene Bedürfnisse und Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen. Seit der Fahrplanumstellung im Dezember 2005 gewährt die Buslinie 16 Anschluss auf die Linie 21 in Horw (Luzern-Kastanienbaum-Horw Zentrum-Steinibach). Nachdem die Linie 21 auf den Regionalzug Anschluss bieten muss und der Zug ab 20.00 Uhr nur noch im Stundentakt in Luzern einfährt, stellt auch der "21er" – vernünftigerweise – auf den Stundentakt um, was sich wiederum auf das Taktfolge des "16ers" auswirkt. Änderungen werden also kurzfristig nicht möglich sein. Busverbindungen sollen wo immer möglich auf die Zugverbindungen abgestimmt werden.

#### *Klare Haltestellenbezeichnung*

Im Regionalverkehr werden bekanntlich den Haltestellenbezeichnungen einheitlich Ortsbezeichnungen vorangestellt. Sofern im Agglomerations- und Ortsverkehr Verwechslungen zwischen Haltestellen möglich sind, werden auch hier Ortsbezeichnungen vorangestellt. Wie im Postulat erwähnt, existiert auf der Linie 7 in Luzern bereits eine Haltestelle Sternmatt, weshalb in Kiens die Haltestelle mit "Kriens-Sternmatt" bezeichnet wurde.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass Systematik und Klarheit eher zur Attraktivität des öffentlichen Verkehrs beitragen als Haltestellen-Bezeichnungen.

Im Sinne der vorerwähnten Ausführungen ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Optimierungen und Attraktivitätsverbesserungen werden durch den Zweckverband als Dauerauftrag ständig geprüft. Aufgrund der laufenden Aktivitäten betrachtet der Gemeinderat das Postulat als teilweise umgesetzt oder in Umsetzung begriffen.

Gemäss Daniel Piazza begrüsst die CVP/JCVP-Fraktion Bemühungen, wo sich die Optimierung des Busliniennetzes in Kriens zum Ziel setzen. Nur so kann ein attraktives Krienser öV-Angebot nicht nur erhalten, sondern auch verbessert werden. Entsprechend sollen Anliegen wie es das Postulat vertritt, ernst genommen und geprüft werden. Im Falle von denen im Postulat vorgebrachten Punkte handelt es sich offensichtlich um Benutzeranliegen, was die Wichtigkeit der Prüfung und er Abklärung zusätzlich unterstreicht. Die CVP/JCVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Postulat einstimmig zu.

Matthias Senn stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und niemand dagegen opponiert hat. Somit entfällt eine Abstimmung.

## **6.4 Motion Hager und Koch: Ökihof – Zentrale Wertstoffsammelstelle auch für PET-Flaschen** **Nr. 110/06**

Gemäss Meinung von Rolf Hager soll der Ökihof eine Anlage sein, die alle anfallenden Werkstoffe entgegen nimmt. Anfänglich konnten PET-Flaschen abgegeben werden. Auf Jahresanfang 2006 war dies aber nicht mehr der Fall. Es kann doch nicht sein, dass unbequeme oder nicht lukrative Waren nicht entgegengenommen werden. Den Motionären ist auch klar, dass PET-Flaschen von den Verkaufsstellen zurückgenommen werden müssen. Es ist ihnen auch bewusst, dass es immer Leute geben wird, die aus Bequemlichkeit die Flaschen auf ihre Art entsorgen (Bäche, Wald, Strassen, Wiesen).

Erstaunlicherweise ist die Firma Heggli AG in Kriens auch Abholpartner der PET Recycling Schweiz. Es ist schon fraglich, wenn im Ökihof Kriens/Horw keine PET-Flaschen angenommen werden, da die Firma Heggli AG Betreiber des Ökihofes ist und gleichzeitig Abholpartner der PET Recycling Schweiz ist. Für die Krienser Gewerbebetriebe wäre es sicher auch von grossem Vorteil, die PET-Flaschen im Ökihof zu entsorgen. Die Motionäre fordern den Gemeinderat auf dafür zu sorgen, dass auch die Krienser Bevölkerung die PET-Flaschen im Ökihof abgeben können.

Cyrrill Wiget weiss, dass bereits in der letzten Fragestunde Johanna Dalla Bona darauf aufmerksam gemacht hat, dass viele KrienserInnen wenig Verständnis haben, dass der Ökihof kein PET entgegennimmt. Patrick Koch und Rolf Hager haben später mit vorliegender Motion nachgestossen. Tatsächlich scheint es auf den ersten Blick rätselhaft, ja ein wenig schikanös, wenn sich der Ökihof gegen das Sammeln gewisser Abfallfraktionen wehrt. Der Gemeinderat ist deshalb auch bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Bei näherer Betrachtung allerdings gibt es gute Gründe, das PET-Sammeln durch die Gemeinde nicht einzuführen. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) verlangt für PET-Flaschen eine Sammlung nach dem Verursacherprinzip, gemäss Artikel 2 des Umweltschutzgesetzes. In der entsprechenden Verordnung über Getränkeverpackungen (VGV) sind es die Verkaufsstellen und Hersteller, welche leere PET-Getränkeflaschen sammeln und fachgerecht entsorgen müssen. Dies unabhängig davon, ob es die eigenen PET-Getränkeflaschen sind oder die der Konkurrenten. Dieses System funktioniert gut und hat sich etabliert. Bereits heute gelangen 4 von 5 PET-Flaschen über die Sammlung der Verkaufsstellen ins Recycling. Die Gemeinden sind nicht verpflichtet, PET-Sammelstellen einzurichten. Deshalb möchte man auch in Zukunft aus folgenden sachlichen Gründen darauf verzichten, im Ökihof PET-Flaschen anzunehmen:

### *Verkaufsstellen sind in der Pflicht*

Gemeinden, die PET-Sammelstellen betreiben, übernehmen Aufgaben, die dem Handel zufallen. Sie machen dies auf freiwilliger Basis, weil solche offensichtlich einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen. Damit wird der Anreiz für die Konsumenten jedoch kleiner, die leeren PET-Getränkeflaschen zu den Verkaufsstellen zurück zu bringen.

### *Rücknahme via Handel funktioniert gut*

Die Sammlung via Handel funktioniert in der Schweiz ausgezeichnet. Den Konsumenten stehen über 42'000 öffentliche Sammelbehälter zur Verfügung. Da die Entsorgung von PET-Flaschen bequem mit dem Lebensmitteleinkauf verbunden werden kann, erübrigen sich Sonderfahrten. Die Rückführung der gesammelten PET-Getränkeflaschen erfolgt über das bestehende Logistiknetz des Gross- und Detailhandels. Mit anderen Worten: Die PET-Getränkeflaschen werden im selben Fahrzeug hin- und zurücktransportiert. Dies garantiert eine effiziente Auslastung der Lieferwagen und eine Reduktion des Treibstoffverbrauchs.

#### *Rücknahme via Gemeinden teurer*

Die Sammlung von PET-Getränkeflaschen in den Gemeinden erfolgt über separate Sammel Touren, d.h. über die kostenintensivste Form der Rückführung. Rund 73 Prozent der auf diese Weise abgeholten PET-Getränkeflaschen müssen mehrmals umgeladen werden, bevor sie aussortiert werden können, was sich auf die Kosten auswirkt. Dieser Rücklaufkanal ist um 20 Prozent teurer als derjenige über den Handel und verursacht jährliche Kosten von rund 2 Mio. Franken.

#### *Genügend Sammelstellen in Kriens*

In ländlichen Gebieten, in denen die Anzahl Verkaufsstellen nicht ausreicht (1 Verkaufsstelle pro 1'500 Einwohner) ist die Sammlung von PET-Getränkeflaschen durch die Gemeinden sinnvoll. In der Gemeinde Kriens mit den zahlreichen Verkaufsstellen ist die Möglichkeit zur Entsorgung von PET-Flaschen mit ungefähr 20 Annahmestellen bereits sehr gut.

#### *Entgegennahme im Ökihof nie vorgesehen und auch von Horw nicht erwünscht*

Der Einwohnerrat wünscht seit Jahren eine enge Zusammenarbeit der Gemeinden Horw und Kriens, insbesondere auch der Umweltschutzstellen. In den vergangenen Jahren praktizierten wir dies – wo es sinnvoll ist – auch rege. Ein gutes Beispiel für diese Zusammenarbeit ist der gemeinsame Betrieb des Ökihofes.

Im Frühling 2003 unterbreitete der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag zur Realisierung einer Wertstoffsammelstelle "Ökihof Horw-Kriens", den der Einwohnerrat überwiesen hat. In diesem Bericht waren die anzunehmenden Materialien aufgeführt. PET war darin nicht enthalten, da die Ökihof-Kommission – bestehend aus Vertretern der Gemeinde Kriens und Horw – sich entschieden hat, die Sammlung von PET dem Handel zu überlassen. Auch die Gemeinde Horw, die gemeinsam mit uns den Ökihof betreibt, spricht sich gegen eine PET-Sammlung aus. Es ist nicht möglich, in einem gemeinsam bewirtschafteten Betrieb, einseitige Forderungen aufzustellen und durchzusetzen. Beide Gemeinden sind gleichberechtigt und müssen gemeinsam nach Lösungen suchen. Dies ist ein Stück weit auch der Preis für die Zusammenarbeit.

#### *Kapazitätsgrenze im Ökihof erreicht*

Der Ökihof erfreut sich grosser Beliebtheit. Seit Eröffnung hat die Gesamtmenge der 34 verschiedenen Abfallfraktionen kontinuierlich zugenommen. Illegale Deponien von PET-Flaschen beim Ökihof kommen ganz selten vor. Anfangs 2006 wurden die Öffnungszeiten leicht ausgedehnt. Aufgrund des kleinen Grundstückes ist die Sammelstelle aber bereits an die Kapazitätsgrenzen (bezüglich Annahme von Material und Zufahrt) gelangt. Aus diesem Grunde ist eine Annahme von zusätzlichen Fraktionen nicht möglich und auch nicht erwünscht.

#### *Weitere Materialien müssten gesammelt werden*

Auch würde eine Sammlung von PET dazu führen, dass in Kürze weitere Fraktionen oder Materialien angenommen werden müssten, die bereits heute vom Handel als Verpackungsmaterial im Einsatz sind. Denken wir nur an die Polyäthylenflaschen der Milch oder an weitere Kunststoffe.

Trotz den genannten Gründen ist der Gemeinderat jedoch bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Dies mit folgenden zwei Begründungen:

Eine überwiesene Motion würde den Gemeinderat verpflichten, eine Sammlung von PET einzuführen. Dies ist aber – wie im Punkt 5 bereits erläutert – im gemeinsam mit der Gemeinde Horw betriebenen Ökihof nicht möglich. Die Einführung von PET könnte höchstens mit Absprache und Einverständnis der Gemeinde Horw erfolgen. Die Bürgerin oder der Bürger be-

zahlt heute für die Bewirtschaftung und Entsorgung von Abfallmaterialien einerseits mit der Sackgebühr die Verbrennung des Schwarzkehrichts in der Kehrichtverbrennungsanlage, andererseits mit einer Grundgebühr pro Haushalt die Verwertung von separat gesammelten Abfällen wie Karton, Papier, Grüngut. Zudem erhebt der Handel beim Verkauf einiger Produkte eine vorgezogene Recyclinggebühr, wie beispielsweise für Kühlschränke und Batterien. Dass seit neustem die Gemeinden auch bescheiden für das Einsammeln von PET entschädigt werden, rechtfertigt eine nochmalige Prüfung des Anliegens der Motionäre durch die Ökihof-Kommission. Damit kann die Motion als Postulat entgegengenommen werden.

Patrick Koch namens der USK ist überzeugt, dass der Ökihof eine Erfolgsgeschichte ist. Es wird jedoch mehrheitlich bedauert, dass die Abgabe von PET-Flaschen im Ökihof nicht möglich ist. Dies wäre für die Gemeinde kaum mit Mehrkosten verbunden, da der Verein PET Recycling Schweiz die Gemeinden für die Transporte des Sammelgutes entschädigt, argumentieren die Befürworter. Andererseits ist man der Meinung, dass die Rücknahme der PET-Flaschen Aufgabe der Verkaufsstellen ist. Die Verkaufsläden sind denn auch verpflichtet, PET-Flaschen entgegenzunehmen. Es wird jedoch festgehalten, dass ein möglichst hoher Prozentsatz der PET-Flaschen recycelt werden soll, ansonsten droht ein Zwangspfand. Dies wäre für Konsumenten, Handel und Behörden gleichermassen eine grosse Belastung. Es würde dann zudem ein Wechsel zu Verpackungssorgen stattfinden, die eine weit schlechtere Ökobilanz aufweisen. Die Mehrheit der USK-Mitglieder finden den Vorstoss eine prüfenswerte Idee und stimmt der Überweisung als Postulat zu.

Rolf Hager will mit seiner Motion, dass die PET-Flaschen auch im Ökihof abgegeben werden können und nicht auf der Strasse „landen“. Gleichzeitig müssen auch die Verkaufsstellen die PET-Flaschen zurück nehmen.

Patrick Koch hält fest, dass es gemäss Aussage des Gemeinderates zu zusätzlichen Mehrfahrten kommt. Ein Schulhausabwart hat dem Sprecher bestätigt, dass in den Schulhäusern PET-Flaschen gesammelt und durch die Firma Heggli AG abgeholt werden. Zudem haben Abklärungen ergeben, dass auch in anderen Werkhöfen PET-Flaschen angenommen werden. Klar ist, dass die Verkaufsläden in die Pflicht genommen werden sollen. Aber schliesslich können Batterien und Karton auch im Ökihof abgegeben werden.

Peter Mattmann versteht nicht, wieso die Rücknahme von PET-Flaschen ein Problem sein soll. Für ihn ist der Ökihof keine Erfolgsstory, wie dies die USK meinen. Es ist eher eine Verschlechterung der Gemeindezusammenarbeit. Früher konnte er seine Wertstoffe mit dem Velo in Kriens entsorgen, nun braucht er dazu das Auto.

Auch Martin Heiz sieht kein Problem, zukünftig auch PET-Flaschen im Ökihof zu entsorgen. Zudem hat die SVP bei der damaligen Abstimmung zum Ökihof nur unter dem Vorbehalt Ja gesagt, dass alles im Ökihof entsorgt werden kann, also auch PET-Flaschen. Die Kontrolle ist dort sicher auch besser als bei den PET-Sammelstellen. Er weiss von seinem Arbeitgeber, wie viel anderer „Abfall“ in den PET-Container geschmissen werden.



Franz Baumann fände es „lässig“ und auch ökologisch sinnvoll, wenn im Ökihof auch PET-Gegenstände entsorgt werden könnten. Ökonomische Fragen allerdings dürften durchaus gestellt werden, denn eine solche Gratis-Dienstleistung könnte – wie heute in der Budgetdebatte gehört – als eliminierbares „Fettpölsterchen“ betrachtet werden, weil die Gemeinde von der vorgezogenen Entsorgungsgebühr von X Rappen nichts kriegt. Diese Gebühren werden an die offiziellen Rücknahmestellen ausbezahlt, grösstenteils wohl an die Grossverteiler Coop und Migros. Diesen müsste, falls die Gemeinden sich ebenfalls am PET-Recycling beteiligen, logischerweise ein kleinerer Betrag zur Verfügung gestellt werden, weil und damit auch die Gemeinden im Falle eines Recyclings von den Rückvergütungen profitieren sollen. Franz Baumann unterstützt den Vorstoss in dem Sinne, dass Kriens PET-Flaschen zurücknimmt, sich aber auch für eine Beteiligung an den Rückvergütungen stark macht.

Cyрил Wiget wehrt sich nicht dagegen. Er hat in seinem Votum nur die Bedenken aufgezeigt und erklärt, wieso im Ökihof keine PET-Flaschen angenommen werden. Beim Karton gibt es keine vorgezogene Recycling-Gebühr. Das Parlament soll bestimmen, was es will. Der Gemeinderat will aber nicht den Vorwurf hören, dass die Bevölkerung bezüglich PET-Flaschen doppelt zahlt. Die Folgen davon müssen auch getragen werden.

Bernadette Hauser stellt fest, dass sich die Wertstoffsammelstelle Ökihof bewährt und rege frequentiert wird. Die hohe Frequentierung zeigt, dass diese Einrichtung eine sinnvolle Sache ist und von der Bevölkerung geschätzt wird. Es ist richtig, dass beim Ökihof keine PET-Flaschen entsorgt werden können. Der Handel, also jede Verkaufsstelle von PET-Flaschen, ist aber verpflichtet, Sammelbehälter auf ihre Kosten zur Verfügung zu stellen. Dies hat für die Kunden zur Folge, dass sie beim nächsten Einkauf ihre leeren Flaschen jeweils sogleich wieder entsorgen können. D.h. die leeren PET-Flaschen sammeln sich zu Hause nicht in grossen Mengen an und es müsse auch keine Sonderfahrten gemacht werden. Müsste der Ökihof die PET-Flaschen zurücknehmen, würde dies bedeuten, dass die Gemeinde die Kosten der Rücknahme und Entsorgung tragen müsste, was sich letztlich auf die Kehrichtgebühren auswirken dürfte.

Aus den ausgeführten Gründen lehnt die CVP/JCVP-Fraktion die Motion ab.

Für Johanna Dalla Bona schliesst das eine das andere nicht aus. Der Handel hat weiterhin die PET-Flaschen zurückzunehmen. Es macht aber auch Sinn, dass diese im Ökihof abgegeben werden können.

Für Peter Mattmann ist es nicht ein Problem sondern unsinnig, wenn im Ökihof die PET-Flaschen nicht angenommen werden.

Räto Camenisch fragt sich, für was man einen Ökihof hat, wenn keine PET-Flaschen zurückgenommen werden. Dies ist keine Finanzfrage. Er hat vom Gemeinderat erwartet, dass man diese Fehlleistung eingesteht. Damit wäre nämlich diese Diskussion beendet.

Matthias Senn stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden.

Nachdem Rolf Hager zuerst seine Motion in ein Postulat umwandeln wollte, will er den Vorstoss nun als Motion überweisen lassen.

***Abstimmung***

Mit 13:7 Stimmen wir die Motion überwiesen.

***Schluss***

Matthias Senn hat zu Beginn der Sitzung vergessen, Roman Hodel von der NLZ zu begrüßen. Er verabschiedet diesen nun und dankt ihm für die Berichterstattung.

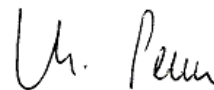
Die nächste Sitzung findet am 23. November 2006, um 16:00 Uhr statt. Die diesbezüglichen Unterlagen wurden bereits zugestellt.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Pane e Vino. Ab 19:45 Uhr findet die Verleihung des Anerkennungspreises 2006 für gute Jugendarbeit der Schulpflege Kriens statt.

Der Vorsitzende dankt für die Teilnahme und schliesst die Sitzung um 18:10 Uhr.

Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Matthias Senn

Die Stimmenzähler:



Bruno Bienz



Martin Heiz

Der Gemeindeschreiber:



Robert Lang

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Alexandra Renggli